



Stadt und Land

stimme

von und für Minderheiten

Europas Spieglein an der Wand

„Türkei in die EU? Mit mir nicht!“ So umschrieb der FPÖ-Kandidat sein politisches Programm auf den Wahlplakaten im vergangenen Juni. Doch das lächerliche Motto war in dem Fall kein bloß rechtspopulistisches Amen unter dem Gebet, sondern höchstens die typisch-freiheitliche Abart einer konsensuellen Meinung. Das Thema „EU-Beitritt der Türkei“ stellte den Gemeinplatz der Wahl dar – und das „Nein, Danke!“ den gemeinsamen Nenner einer neuen heiligen Allianz fast aller Parteien. Selten waren sich die Damen und Herren des stimmbringenden Widerspruchs so einig in einer Sache.

Die klassische Teilung der Öffentlichkeit war hingegen die hörbare Folge. All jene, die von keinem Belang der Bezirkspolitik eine Ahnung besitzen, wurden zu Pro- und Contra-ExpertInnen der EU-Außenpolitik. Jene, die das betreffende Land vom eigenen Billigurlaub in Antalya kennen (oder von Postkarten ihrer Spezies, die ebendort einmal Billigurlaub verbracht hatten), mutierten zu Türkei-KennerInnen mit EU-Weitblick. Nicht selten wurde jüngst auch meine Person als natürlich-autoritative Projektionsfläche benutzt – allein aufgrund der Tatsache, dass ich aus der Türkei „stamme“. Seit zwei Monaten entfacht sich in jeder Runde, in der ich mich aufhalte, gesetzmäßig eine Diskussion über das Für und Wider des Türkei-Beitritts. Warum bereitet die Türkei-Frage der österreichischen Öffentlichkeit so viel Kopfzerbrechen?

Die Wahlen für das EU-Parlament haben uns ein Faktum vor Augen geführt: Die EU selbst ist immer noch ein Bund von Nationalstaaten, in dem die Fortsetzung nationaler Parteipolitik mit anderen, eben supranationalen Mitteln stattfindet. Der Grund hierfür mag an einem Manko liegen: Die Gemeinschaft kann zwar eine Fahne und eine Währung, mehrere Institutionen sowie eine bereits beachtliche Bürokratie ihr eigen nennen. Sie hat aber noch keine *Identitäts-Macht*. Und mächtige Identitäten werden

bekanntlich im Spiegel des Gegenbilds entworfen. Dieses Gegenbild heißt – wie so oft im Abendland – *Türkei*.

Versuchen wir einmal davon abzusehen, dass die einstimmige Bezeichnung der Türkei als Gegensatz all dessen, was europäisch sei und sein werde, gerade angesichts des hiesigen herrschenden, inferiorisierenden Bildes „des Türken“ (Gastarbeiter, fanatischer Mohammedaner, Frauenunterdrücker, Analphabet etc.) ein gefährliches populistisches Spiel darstellt. Und in so manchem Duktus rassistische Züge annehmen kann und angenommen hat. Versuchen wir, die Frage des möglichen EU-Beitritts der Türkei ohne all die verlogenen Argumente zu betrachten. Die Frage ist dann nicht so sehr, ob die Türkei der EU beitreten soll oder darf oder nicht; die Frage sollte – wie sie etwa seit einigen Jahren der türkische Politologe und Journalist Tanil Bora stellt – vielmehr lauten: *Welcher EU darf nicht oder soll die Türkei beitreten?* Diese Frage bleibt derzeit von der türkischen Seite unbeantwortet. (Niemand fragt sich hier, ob es denn türkische Stimmen *gegen* den EU-Beitritt gibt und was deren *Argumente* sind.) Aber auch die EU hat noch keine Antwort darauf. Daher wird ja auch im Spieglein am Selbstverständnis Europas gebastelt.

Der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie gab unlängst ein gutes Buch zu diesem Thema heraus.¹ Es umfasst zahlreiche Texte deutscher, türkischer, deutsch-türkischer und europäischer AutorInnen. In seinem Vorwort unterscheidet Leggewie zwischen fünf Identitätskonzepten, die in der Ablehnung der Türkei als EU-Mitglied zum Ausdruck kommen: Europa als *geografischer* Raum (liegt Zypern auf Europa?), als *historische* Erinnerungsgemeinschaft (Erster und Zweiter Weltkrieg? Kolonialismus?), als *christliches* Abendland (frönen europäische Juden und Jüdinnen, MuslimInnen, AtheistInnen und BuddhistInnen etwa heimlich dem Christentum?), als

kapitalistische Marktgemeinschaft (herrscht in der Türkei neuerdings Sozialismus?) und als Hort von *Demokratie* und *Menschenrechten* (waren die Menschenrechte nicht universale Werte?). Tatsächlich fällt in den – nicht nur österreichischen – Debatten der letzten Jahre immer deutlicher auf, dass die Front der Türkei-AblehnerInnen sich zwar in ihrer Ablehnung einig ist, nicht aber im jeweils angeführten Argument für die Ablehnung. Wenn der eine sagt: Wirtschaft zu schwach, entgegnet die andere: Wirtschaft kein Problem, aber die Menschenrechte! Da kommt Skepsis auf. Wie wahrhaftig können die Argumente jeweils gemeint sein, wenn alle eigentlich und hauptsächlich *dagegen* sind?

Die unterschiedlichen Gegenargumente deuten aber vor allem darauf hin, dass „Europa“ sich selbst noch nicht darin einig ist, was es *selbst* darstellt: einen geografischen Raum, einen überdimensionalen Markt oder eine Glaubensgemeinschaft. Der irische Schriftsteller Colm Tóibín schreibt, dass die EuropäerInnen heute zwei Identitäten besitzen: eine persönliche (familiäre, soziokulturelle) und eine nationale. „Keiner von uns ist allerdings imstande, eine dritte Identität als Europäer in sich zu entwickeln und diese Identität mit der gleichen emotionalen Kraft zu empfinden. (...) Ich glaube, daß Europa ein zu umfassender Begriff ist, als daß er für die meisten Europäer allzuviel bedeuten würde.“²

Das Gegenteil dieser eher pessimistischen Einschätzung herbeiführen zu wollen, ist legitim. Es aber mit Hilfe einer an Rassismus grenzenden Rede über die „Andersartigkeit“ anderer erreichen zu wollen, ist problematisch und verwerflich.

Im Übrigen: Bei den Debatten über den Türkei-Beitritt, die meine bloße Anwesenheit auslöst, stelle ich seit einigen Wochen folgende Gegenfrage: „Seid ihr denn für einen EU-Beitritt des Vatikan?“ Ist ja nur als Bubenstreich gemeint.

¹ Claus Leggewie (Hg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt/M. 2004.

² Ebd.: 24.

Hakan Gürses

impresum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (*Initiative Minderheiten*), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, E-mail: office@initiative.minderheiten.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, E-mail: stimme@initiative.minderheiten.at. Chefredakteur: Hakan Gürses. Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Örtl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gerd Valchars, Isabelle Bene. Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Stefan Nicolini, Marinela Vecerik, Anita Konrad, Kahlauer, mh, ede, M. Fürst. Fotoredaktion: Mehmet Emir. Zeichnungen: Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses. Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung, Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Taviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566. Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Vida Bakondy (Redaktionsadresse); Jahressabo (4 Hefte): 14,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

Impresum	2
Burgenlandkroaten in Wien Stefan Pauer	4
Wem gehört die Stadt? Betül Bozkurt Bretschneider	6
„Home sweet Homo“ oder doch „Heimat, fremde Heimat“ Marty Huber	8
Lesbisch-schwules Leben in der Provinz Gernot Wartner	10
Walter, der Fußballspieler Erwin Riess	12
Interview mit Maria Maißer Ursula Hermann	14
Verschleppte Geschichten Kien Nghi Ha	16
Das Tabu, Israel zu kritisieren, oder Auschwitz und kein Ende Leah Carola Czollek	19
Innerbetriebliche Antidiskriminierungspolitik in Europa Helene Trauner und Karin Sohler	22
Nachlese Christina Hollomey und Michaela Mayrhofer	24
Brief aus Istanbul Gerald Kurdoğlu Nitsche	26
Geschehen	27
Tipps	28
Kahlauers Tagebuch	31

Thema: Stadt und Land

Die Gegenüberstellung „Stadt und Land“ bildet einen für die Moderne konstitutiven Gegensatz. Sie ist in *historischer* und *soziopolitischer* Hinsicht auch für Minderheiten von zentraler Bedeutung. Manche Minderheiten sind aufgrund ihrer historischen Entstehungsbedingungen sehr stark mit Regionen verbunden, die gewöhnlich der ländlichen Sphäre zugeschlagen werden; so etwa die *autochthonen* Gruppen – sprachliche, ethnische und kulturelle Minderheiten. Wiewohl sie etwa im österreichischen Volksgruppenrecht als „regionale“ Minderheiten definiert sind, haben die städtischen Strukturen für autochthone Minderheiten eine identitätsstiftende politische Bedeutung. Aber auch Immigrationsminderheiten entstehen seit jeher zumeist im Spannungsfeld zwischen ländlicher sozio-kultureller Vergangenheit und städtischer Gegenwart.

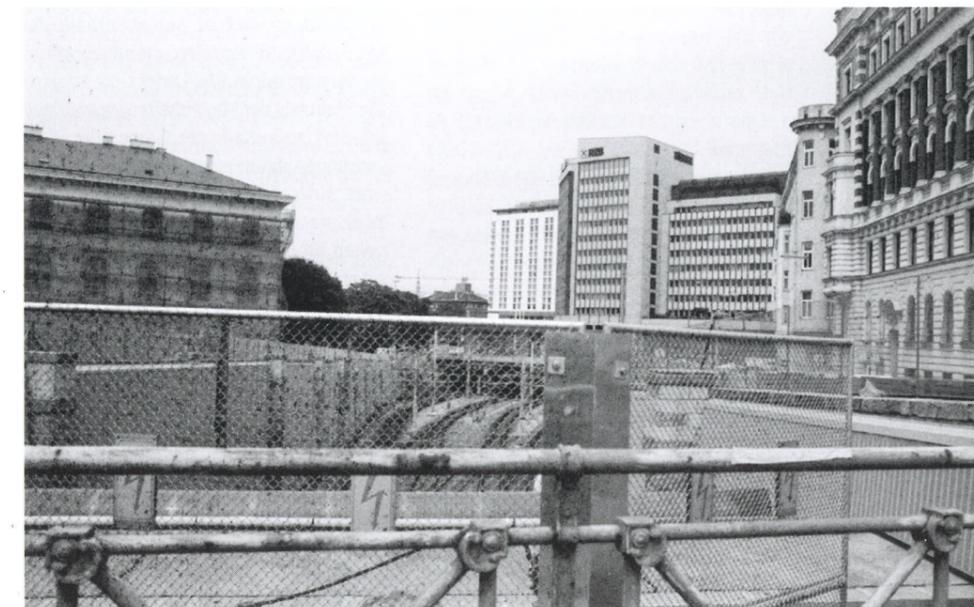
Andere Minderheiten wiederum konnten erst im Rahmen urbaner Zusammenhänge ihre kollektive Identität artikulieren, sich in Organisationsstrukturen formieren und ihre politischen und kulturellen Forderungen in die öffentliche Tagesordnung hinein reklamieren. Dies gilt wohl vor allem für Lesben und Schwule, die in der relativen Anonymität der Großstädte mit den herrschenden

homophoben Stereotypen weniger „face to face“ konfrontiert wurden als in engeren ländlichen Verhältnissen. Die verschiedenen Gruppen behinderter Personen wiederum finden innerhalb dieser urbanen Strukturen nicht nur wirksamere Artikulationsmöglichkeiten für ihre Forderungen, sondern auch diskriminierende Barrieren, die sie erst recht zu einer Minderheit im politischen Sinne machen.

Die Thema-Beiträge der vorliegenden STIMME-Ausgabe sind diesem Spannungsfeld zwischen Stadt und Land aus minoritärer Sicht gewidmet.

Stimmen

Die Beiträge von Kien Nghi Ha und Leah Carola Czollek befassen sich mit jeweils „deutschen“ Phänomenen, die aber durchwegs auch in Österreich ihre Entsprechungen und Gültigkeit haben. Während der Text des Politologen Kien dem kolonialistischen Erbe in der neueren Migration nach Deutschland nachspürt, setzt sich die Pädagogin und Mediatorin Czollek mit den „Minenfeldern“ auseinander, die im universitären Unterricht zum Thema Antisemitismus spürbar werden.





Die Burgenlandkroaten in Wien sind in einer schwierigen Situation. Ihre Zahl wird größer und größer, ihre Rolle und Bedeutung innerhalb der gesamten Minderheit der Burgenlandkroaten wächst ständig¹, aber die klassischen Minderheitenrechte helfen in Wien nicht. Sie sind an die burgenländische Scholle gebunden.

Burgenlandkroaten in Wien – ein Modell für alle autochthonen Minderheiten?

Minderheitenrechte in Österreich basieren auf Ideen und Konzeptionen des 19. Jahrhunderts. Man ging etwa von einer tief im ländlichen Bereich verwurzelten kroatischen Bevölkerung aus. Außerhalb der Heimatgemeinde waren Minderheitenrechte kein Thema. Durch die Mobilität unserer Gesellschaft gilt das längst nicht mehr. Nur ein kleiner Teil der Minderheit verbringt das gesamte Leben ausschließlich im Heimatdorf. Der Großteil ist unterwegs. Höhere Schulbildung gibt es nur außerhalb der Minderheitengemeinden, ein universitäres Studium ist nur in Wien oder Graz möglich. Die Mehrzahl der Minderheitenangehörigen arbeitet außerhalb der Gemeinde. Viele verbringen daher einen Großteil des Tages – oft auch des Lebens – außerhalb der zweisprachigen Heimatgemeinde. Viele gehen für immer, manche kommen zurück, oft erst in der Pension. Zugleich leben in den traditionell kroatischen Gemeinden immer mehr Personen, die die kroatische Sprache nicht verwenden (können). Die emotionalen Ortsverbände lösen sich auf, eine Teilurbanisierung der Dörfer findet statt.

„Experimentierfeld“ Wien

Die Klagen vieler Funktionäre aus den Traditionsvereinen der Minderheit, dass die Dorfgemeinschaft nicht mehr funktioniert, und die undifferenzierte Sehnsucht nach

einer romantisierten „guten alten Zeit“ sind eine Folge dieser Entwicklung. Aber Klagen bringen die „alte Zeit“ nicht zurück. Zeitgemäße Antworten auf die Frage nach dem Sprach- und Kulturerhalt müssen zwangsläufig die urbanisierten Verhältnisse beachten, in denen sie greifen sollen. Und hier erweist sich die Bundeshauptstadt Wien mittlerweile als „Experimentierfeld“ für die spezifischen Fragen der Burgenlandkroaten. Entwicklungen, die in Wien bereits weit fortgeschritten sind, wiederholen sich nun auch in den Dorfgemeinden des Burgenlandes. Inzwischen gibt es auch in vielen der Minderheitengemeinden nicht mehr den Automatismus eines funktionierenden kroatischen Gemeinwesens, auf den die überkommenen Minderheitenschutzbestimmungen abstellen.

Die aktuellen Trends lassen Gemeinden erwarten, in denen eine Anzahl von Familien das Kroatische mit Engagement pflegt und tradiert, neben ihnen werden aber (meist mehr) Familien in derselben Gemeinschaft leben, die das Kroatische nicht beherrschen. Dann wird es nötig sein, dass sich Interessierte selbst organisieren, denn die kommunale Organisation wird nicht mehr automatisch kroatisch geprägt sein. Veranstaltungen für alle – vom Sportlerball und Kinderfest bis zur Gemeindeversammlung – werden in deutscher Sprache ablaufen, vielleicht mit

folkloristischen Versatzstücken und Grußformeln in der Minderheitensprache. Wer kroatische Angebote haben möchte, wird sie in privater Eigeninitiative organisieren müssen. Wer eine kroatische Gemeindezeitung möchte, wird sie selber schreiben müssen. In Wien war das schon immer so.

An die Stelle der öffentlichen Strukturen werden bald auch in den Dorfgemeinden immer mehr zivile Strukturen und engagierte Privatinitiativen treten, Ad-hoc-Koalitionen, Vereine. In Wien ist dieser Trend weit fortgeschritten, im Burgenland wird sich die Entwicklung wiederholen, teilweise sind erste Ansätze erkennbar.

Ähnliche Tendenzen sind im kirchlichen Bereich abzusehen. Wenn sich der Seelsorger in einer zweisprachigen Pfarrgemeinde an alle Gläubigen wendet, insbesondere auch an die Kinder, geschieht das immer häufiger in Deutsch. Das ist ein untrügliches Zeichen dafür, wie die Kommunikation in der Kirche der Zukunft ablaufen wird. Darüber sollten auch die eifrig gesungenen, schönen kroatischen Kirchenlieder nicht täuschen. Kroatische Seelsorge wird aus dem allgemeinen Angebot verschwinden, sie wird bewusst organisiert werden müssen.

Privatinitiativen als Ersatz

In Wien mussten die Burgenlandkroaten schon vor langer Zeit ihr kroatisches kulturelles Leben selbst gestalten. Sie organisierten im Rahmen einer Schulsektion des *Burgenländisch-Kroatischen Kulturvereines* in Wien kroatischen Unterricht für Kinder, denn kroatischen Unterricht an öffentlichen Schulen wie im Burgenland hat es in Wien nie gegeben. Mittlerweile ist es auch im Burgenland so weit. Obwohl es einen gesetzlich festgelegten zweisprachigen Unterricht gibt, ist es offensichtlich nötig, dass ein privater Verein wie der *Kroatische Kulturverein im Burgenland* zusätzlich zweisprachige Kinderbetreuung anbietet – die öffentliche zweisprachige Schule kann keinen ausreichenden zweisprachigen Unterricht mehr sicherstellen.

In Wien haben Eltern im Rahmen des *Kroatischen Kulturvereines* eine zweisprachige Kindergruppe mit dem Namen „Viverica – Das Eichhörnchen“ auf die Beine gestellt, die hinsichtlich des Umfangs und der Konsequenz in der Zweisprachigkeit weit besser und fortschrittlicher ist als alle öffentlichen zweisprachigen Kindergärten im Burgenland. Der *Burgenländisch-Kroatische Kulturverein* in Wien hat einen eigenen „Seniorenklub“ für die Bedürfnisse der älteren Generation initiiert. Die Senioren gestalten nun ein

eigenes Kultur- und Veranstaltungsprogramm mit regelmäßigen Aktivitäten in kroatischer Sprache, sozialen Kontakten und Besuchsdiensten für jene, die nicht mehr ausreichend mobil sind, um die gemeinsamen Veranstaltungen besuchen zu können. Das *Burgenländisch-Kroatische Zentrum* in Wien hat im Internet ein zentrales privates Informationsportal (www.hrvatskicentar.at) über Minderheiten organisiert und parallel dazu ein E-Mail-Netz aufgebaut. Damit werden neue kommunikationstechnologische Instrumente für die spezifische Situation der Burgenlandkroaten fruchtbar gemacht.

All das sind private Initiativen, die nötig sind, wenn die dörflichen Strukturen nicht existieren oder ausreichend funktionieren.

Wo jede/r einzelne Minderheitenangehörige lebt, verliert immer mehr an Relevanz. Die Frage Wien oder Burgenland wird bedeutungslos. Entscheidend wird stattdessen immer mehr die Bereitschaft des Einzelnen, sich selbst zu beteiligen – am virtuellen und realen Leben der Minderheit.

Und das muss auch Auswirkungen auf eine zeitgemäße Politik der Minderheit und eine zeitgemäße Minderheitenpolitik haben. Beide können im Hinblick auf die Burgenlandkroaten nur dann erfolgreich sein, wenn sie die kroatische Sprache dort fördern, wo die Sprecher leben.

Abspaltungsversuche

Hier sei noch ein weiterer Aspekt des „Sonderfalls Wien“ angeführt – die Zusammenarbeit mit Zuwanderern aus Kroatien und mit deren meist eingebürgerten Nachkommen, der zweiten und dritten Generation. Die Strukturen der Burgenlandkroaten in Wien haben sich geöffnet. Es gibt gemeinsame Projekte und gemeinsame Initiativen, ganz einfach aus der Überzeugung, dass Kooperation besser ist und allen Beteiligten mehr bringt als Isolation. Im Burgenland ist diese Frage noch nicht so aktuell. Dennoch gibt es hier Tendenzen, die in Richtung Abgrenzung und Isolation weisen.

Die zentrale Frage ist – neben dem allgemeinen Problem der Fremdenfeindlichkeit, die auch innerhalb der traditionellen Strukturen der Burgenlandkroaten nicht unbekannt ist und die sich auch gegen kroatische Zuwanderer richtet – jene der kroatischen Standardsprache. Diese Frage ist auch innerhalb der Burgenlandkroaten ungelöst und nach wie vor emotional belastet. Zuletzt wurde seitens der Republik Österreich und des Landes Burgenland gezielt auf sprachliche Abgrenzung gesetzt, um das Burgenlandkroatische als historischen

Dialekt von seiner Standardform zu isolieren. Anlässlich der Großzählung 2001 wurde in Österreich trotz der Proteste der Minderheit erstmals getrennt nach „Kroatisch“ und „Burgenlandkroatisch“ als Umgangssprache gefragt. Damit wird suggeriert, dass es sich dabei um verschiedene Sprachen handle.

Eine Abspaltung des Burgenlandkroatischen vom Kroatischen würde in weiterer Folge auch zu einer Entfremdung von kroatischer Kultur insgesamt führen, zu einer Abschottung gegenüber dem südslawischen Kultur- und Wirtschaftsraum.

Sollten aber die ausgeführten Prognosen im Hinblick auf die Urbanisierung sämtlicher Lebensbereiche zutreffen, dann wird vor allem die kroatische Standardsprache wesentlich an Bedeutung gewinnen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden EU-Beitritt Kroatiens. Distanzen und territoriale Grenzen werden nicht nur zwischen dem Burgenland und Wien relativiert werden, sondern auch zwischen den Burgenlandkroaten und den Kroaten in allen Regionen Kroatiens – und in einem zusammenwachsenden Europa wird auch die derzeit trennende Staatsbürgerschaft kaum Bedeutung mehr haben.

Es wird weniger wichtig sein, ob jemand in Wien lebt, im Burgenland oder in Zagreb. Wenn er/sie einen kroatisch geprägten Lebensentwurf wählt, dann wird es hier wie dort möglich sein. Wenn jemand einen traditionellen Lebensentwurf bevorzugt und Wert auf lokale Verwurzelung legt, wird er/sie seine/ihre Kommunikationskreise auf Personen aus derselben Region mit ähnlichen Interessen beschränken, auf Mittelburgenländer oder Südburgenländer. Und wenn jemand weitere Horizonte sucht, thematisch inhaltlich motivierte Lebensentwürfe, dann werden seine/ihre Kreise weiter sein, die sprachlichen Horizonte breiter und eher in der gemeinsamen Standardsprache. Und all das wird parallel und zeitgleich möglich sein. Jede/r hat die Wahl. Und wenn sich jemand dieser Wahlmöglichkeit versagt und auf sein Dorf und dessen vertrauten Dialekt beschränkt bleiben möchte, dann ist auch das eine legitime Wahl. Sie wird aber zur Ausnahme werden.

Anmerkung:

¹ Die Bundesregierung hat weiters in einem Regierungsbericht an den Europarat im Rahmen des Berichtsverfahrens der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten im Jahr 2000 erklärt, dass im Burgenland etwa 30.000 Burgenlandkroaten leben und in Wien weitere 12.000 (<http://www.humanrights.coe.int/Minorities/Eng/FrameworkConvention/StateReports/2000/austria/austria.html>).

Stefan Pauer

Eine neue urbane Entwicklung macht sich auch in Wien bemerkbar. Einige der „GastarbeiterInnen“ treten in den Stadtvierteln, die überwiegend von zugewanderten Minderheiten bewohnt werden, als UnternehmerInnen und InhaberInnen von kleinen Betrieben hervor. So bilden sie eine Infrastruktur und ein Nahversorgungsnetz für ihren lokalen Markt. Die Wiener Stadtpolitik sieht offensichtlich Probleme darin und positioniert sich in ihren Interventionsprogrammen gegen diese Entwicklung als Befürworterin der „Kontra-Segregation“. Die Segregation stellt aber nicht nur ein Problem, sondern auch eine Lösung dar.

Wem gehört die Stadt?

Die komplizierte Beziehung zwischen einem segregationsbedingten neuen Marktpotenzial und der Wiederbelebung des öffentlichen Raumes soll hier durch einen kurzen Überblick zur Stadtentwicklung verdeutlicht werden.

Stadt versus verlorenes Land

Die Städte der post-industriellen Zeit werden einerseits innerhalb ihrer imaginären Grenzen immer dichter und wachsen andererseits fließend nach außen, während sie sich von einem Ballungsraum zum anderen entlang der Hauptadern der Erschließungsachsen erstrecken. So wird der ländliche Raum durch den urbanen Zuwachs („Agglomerationsüberschuss“) gewandelt – an den Stadtrand, in die Peripherie, in „urban sprawl“ und „edge cities“. Aber auch die wirtschaftlichen Strukturen auf dem Land ändern sich; heute ist die Landbevölkerung überwiegend im Dienstleistungssektor beschäftigt.

Im urbanen Raum lässt sich der ertragsversprechende Dienstleistungssektor in den zentralen Stadtteilen mit besserer Lebensqualität und gehobenem Erscheinungsbild nieder. So werden schwächere Stadtfunktionen wie Wohnen, Nahversorgung und (Kleinst-)Gewerbe immer mehr aus der Kernstadt vertrieben.

Daraus resultiert eine funktional-räumliche Trennung der städtischen Funktionsbereiche. So verlieren die einmal belebten Stadtkerne langsam ihre kleinteilige Vielfalt und die Qualitäten ihres öffentlichen Raumes, und somit verschwinden dort paradoxerweise die Ausschlag gebenden städtischen Eigenschaften. Die großen Wohnsilos sowie die Industrie- und Gewerbeareale am Stadtrand bilden seit den 60er-Jahren auch in Wien die neuen Stadterweiterungsgebiete, die aber nie wirklich „Stadt“ geworden sind, weil die Stadt nur durch die Vielfalt der Nutzungen und NutzerInnen existieren kann. Die Entmischung der Stadtfunktionen stärkt die sozialräumliche Segregation und schrumpft und deaktiviert die öffentlichen Räume.

Während der Zusammenhang zwischen funktionaler und sozialer Segregation kaum zur Debatte steht, wird der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Segregation weit und breit diskutiert. Die Zuwanderung und

ihr stadträumlicher Niederschlag werden als ausufernde Problemquelle und eine Herausforderung für stadtpolitische Interventionen dargestellt, wenn nicht bewusst darüber geschwiegen wird.

„Segregation durch ‚soziale Desintegration‘ und das ‚Schwinden der systemischen Basis urbaner Indifferenz‘“,¹ oder umgekehrt „soziale Desintegration durch Segregation“ beschäftigen auch die Wiener Stadtpolitik.

Künftige StädterInnen: wer und wo?

Die neuen StädterInnen sind überwiegend die eingewanderten Minderheiten der jüngeren Altersgruppe mit differentem ethnisch-kulturellen Hintergrund. Die Zugewanderten waren die, die über die Jahrhunderte und Generationen die Städte zu den mittelgroßen, weiter zu den großen Städten und letztendlich zu den Metropolen entwickelten – zu den Orten der kulturellen und räumlichen Diversität.

Prognosen zufolge werden die Zugewanderten und ihre Nachkommen künftig zusammen mit dem Bevölkerungssegment der „Alten“ die klassischen StädterInnen bilden. Während das Haushaltsmodell „Familie mit Kindern“ die Stadtzentren in Richtung Grün am Stadtrand verlässt, bleiben die Gruppen aus den Bevölkerungsschichten der „Alten“ sowie der MigrantInnen in den dicht bebauten Stadtkernen, weil sie von der städtischen Infrastruktur und Nahversorgung – ohne (Auto-)Mobilisierungszwang – abhängig sind. Wohl gemerkt erfüllen sie somit die Voraussetzungen der nachhaltigen Stadtentwicklung, weil sie keinen zusätzlichen Siedlungsraum beanspruchen und nicht zusätzlichen Pendelverkehr verursachen.

In den industrialisierten Städten wählten die Zugewanderten und deren Angehörige überwiegend die Stadtteile um die Industrieanlagen als Wohngebiete. In Wien waren Simmering, Erdberg oder Floridsdorf klassische Arbeiterbezirke auch für die zugewanderten ArbeiterInnen. In der Folge sind die Neuankömmlinge in dieselben Stadtgebiete zugezogen, in denen Bekannte eingesiedelt waren. Die bereits existierenden ethnischen Vernetzungen spielten immer eine wichtige Rolle bei der Lebensraumauswahl.

Wa(h)re Arbeit: wie und wo?

Mit wachsender Tertiärisierung des sekundären Sektors sind die Arbeitsplätze in der Produktion immer weniger geworden. Der klassische Arbeitsplatz für die „GastarbeiterInnen“, das Fließband, rückte in den Hintergrund. Die hoch technologisierte Produktion kommt durch die Automatisierung fast ohne menschliche Arbeitskräfte aus. Dagegen wächst die Zahl der industriellen Arbeitsplätze im Forschungs- und Entwicklungsbereich, also im Dienstleistungsbereich. Dies sind Arbeitsplätze für die „qualifizierten“ und gut bezahlten MitarbeiterInnen. Dazu kommen auch die strengen gesetzlichen Kontrollen zum Immissionsschutz im Arbeitsumfeld, wodurch die Arbeitsbedingungen der noch laufenden Produktion insbesondere in der Hightech-Branche durchaus annehmbar sind. So müssen sie nicht den „GastarbeiterInnen“ überlassen werden. Welche Arbeitsmöglichkeiten bleiben für diese noch?

Der weltweite Arbeitsplatz für Neuankömmlinge liegt in der Reinigungsbranche und in der Bauindustrie, die nicht selten mit ihren mafösen Organisationsmethoden einen Brutkasten für „Schwarzarbeit“ bildet – die schweren und schlecht bezahlten sowie „illegalen“ Arbeiten, für die sich sonst kaum jemand findet.

Die Großkonzerne wählen ihre Standorte u. a. nach der Verfügbarkeit der billigen und jungen Arbeitskräfte aus. Zugewanderte als Billigst- oder SchwarzarbeiterInnen füllen die heimlichen Lücken der wirtschaftlichen Strukturen und machen die Städte für die „Städtekonkurrenz“ des „globalisierten Marktes“ fit.

Lyotard beschrieb die Schwarzarbeit mit einem Wortspiel als „Travail ou Noir“². Erstens ist diese eine Möglichkeit, vielen Lohnabhängigen und Arbeitslosen über informellen Weg ihre Kaufkraft zu erhalten und zweitens ein „anarchistischer Tauschakt“. Durch ihren unbekanntem Umfang und die „Undurchsichtigkeit für die Herren des Systems“ bewegt sie sich abseits von der „industriellen Fertigung und der Rationalität der Produktion“; aber trotzdem ist sie nicht als gute und wahre Arbeit abzuleiten. Letztendlich profitieren doch „die Herren des Systems“ davon, insbesondere weil die Schwarzarbeit überwiegend als nicht-selbstständige Arbeit stattfindet.

Neue Armut, auch in dieser Stadt

In den 60er-Jahren wurden in Wien die letzten Spuren der nachkriegszeitlichen Armut entfernt oder zumindest unsichtbar gemacht. Aber der Wohlstand der letzten

Dekaden scheint seinen Glanz in manchen Stadtquartieren wieder zu verlieren, weil die strahlende Armut räumliche Einflüsse ausübt. In den Stadtgebieten mit hoher Konzentration der Zugewanderten herrscht mehr Armut als sonst. So wie ihre Arbeitsplätze sind auch ihre Wohnräume – wegen ihrer Lage und wegen ihrer niedrigen Wohn-tauglichkeit – von anderen StädterInnen nicht gefragt.

Neben der ethnisch-kulturellen Segregation und Desintegration der neuen BewohnerInnen gibt es eine zweite Problemquelle für die Stadtpolitik. Die zunehmend leer stehende Erdgeschosszone bereitet in vielen Stadtteilen dem Immobilienmarkt Ertragsprobleme und erschwert die wahrhafte Existenz des öffentlichen Raumes. Wenn die Erdgeschosszone von den Betrieben verlassen wird, sinkt der Imagewert des Grätzels, deshalb wandert die zahlungsfähige Mittelschicht ab, und in der Folge verfallen die Hausbestände des Viertels. Das will man verhindern.

Gerade die auffälligen Hausbestände sind wegen ihrer Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit die üblichen Unterkunfts-möglichkeiten der Zugewanderten. Die Konzentration fing immer in den noch nicht verschönten Stadtquartieren mit schlechter Bausubstanz an: Gerade in diesen Vierteln bauten die Zugewanderten ihre Infrastruktur, ihre Geschäfte, ihre kulturellen und religiösen Einrichtungen auf.

Es ist bemerkenswert, dass die Belebungs- und Verbesserungsversuche der Stadtpolitik überwiegend in den Stadtquartieren mit hohem Anteil an Zugewanderten stattfinden. Ausgerechnet in diesen (Ziel-)Gebieten ist die angestrebte Belebung schon vorhanden, weil die Zugewanderten meist jüngere Familien sind, die sich mehr im öffentlichen Raum aufhalten, ihre eigene Infrastruktur und Nahversorgung intensiv benutzen und dadurch auch eine starke Laufkundschaftsfrequenz bilden.

Das Brunnenviertel ist das beste Beispiel für ein belebtes Grätzl. Überraschend daran ist, dass dieses absolut nicht noble Viertel mit seinem bekannten Markt, mit den zahlreichen kleinen Hofgewerbe- und Handwerksbetrieben und einer nachträglich zugezogenen, belebenden JungbewohnerInnen-Schicht einen zunehmend gefragten Immobilienstandort bildet. Es ist fast paradox, dass die Belebtheit des Viertels durch die kleinen Unternehmungen der Zugewanderten die Attraktivität des Umfelds erhöhte, trotz aller Armut. Ist das neue Gesicht dieses Viertels nicht akzeptabel?

Soll Wien weiterhin eine homogene, mittelgroße Stadt sein ohne den Schleier einer

anonymen Großstadt? Ist die Konzentration der Zugewanderten in bestimmten Stadtteilen nicht eine Chance für das vielfältige Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt?

Dieses Potenzial geht verloren, wenn die Zugewanderten in die Stadtrand-siedlungen verlagert werden, die mit ihrer Monofunktionalität und geplanten Unflexibilität mehr Reibungen verursachen als die gemischten Strukturen der Kernstadt.

Es wäre an der Zeit, nicht nur die Zuwanderer und Zuwanderinnen an die Stadt anzupassen, sondern auch die Stadt an sie.

Anmerkungen:

¹ D. Hoffmann-Axthelm: Die Dritte Stadt – Bausteine eines neuen Gründungsvertrages. Frankfurt/Main 1993.

² „Die Arbeit im Schwarzem“; vgl. J.F. Lyotard: Das Patchwork der Minderheiten. Berlin 1977.

Betül Bozkurt Bretschneider



Auf dem Land als Kind aufzuwachsen kann viele Vorteile haben, es gibt genügend Platz zum Austoben, meist auch andere Kinder in der näheren Umgebung, die sich als SpielkameradInnen anbieten. In den Kindergarten und zur Schule geht frau zu Fuß oder fährt mit dem Fahrrad. Nun ja, der Schuldirektor ist ein enger Freund der Eltern, was schon mal unangenehm sein kann, aber dafür gibt es extra Kerzengießstunden beim Pfarrer, der übrigens auch ein enger Freund der Familie ist.

„Home sweet Homo“ oder doch „Heimat, fremde Heimat“

Von den Lesben auf Landflucht und den Landlesben

Die katholische Kirche spielt immer noch eine tragende Rolle am Land, und ihre Gruppen von der Jungschar bis zur Katholischen Jugend sind oft Ort der ersten Schwärmereien und Verliebtheiten.

Coming Out von früh ...

Das Coming Out auf dem Land zu haben kann für Jugendliche aufgrund der Abhängigkeit von den Eltern besonders schwierig sein, denn außerhalb der kirchlichen Organisationen gibt es eher wenig Infrastruktur für Mädchen und Jungen. Vor zehn Jahren war es auch noch wesentlich komplizierter, an Informationen über das lesbisch oder schwul Sein zu kommen. Im „Global Village“ hat sich da sicherlich einiges zum Besseren gewendet. Dies fällt uns immer öfter auch in der Beratungsstelle auf, mehr und mehr Jugendliche kontaktieren uns über das Internet und finden so ihren Erstkontakt mit der Lesben- oder der Schwulenberatung.

Viele entschließen sich dennoch, vom Land in die Stadt zu ziehen, um die Szene kennen zu lernen, auf PartnerInnensuche zu gehen und auch Infrastrukturen der Community in Anspruch zu nehmen. Ohne die Selbstorganisation in den Städten wäre es wohl immer noch um einiges komplizierter, die erste Lesbe *face to face* zu sehen. Das mag zwar in Zeiten von *Humanic*-Werbung und *tatu* unwahrscheinlich klingen, aber junge Lesben sitzen immer noch erleichtert in der Beratung, wenn auf die Frage der eigenen sexuellen Orientierung das „Ja, ich bin lesbisch“ folgt. Das ist mit ein Grund, warum wir immer noch eine so genannte Betroffenenberatungsstelle sind, d. h. alle BeraterInnen lesbisch oder schwul sind. Die Anonymität der Städte ermöglicht es vielen, erstmals mehr oder weniger unabhängig von den Eltern Erfahrungen rund um die Sexualität zu sammeln und Sicherheit ob der eigenen Identität zu gewinnen.

Coming out am Land heißt größere Abhängigkeit vom unmittelbaren Umfeld. Fragen wie: Sind Eltern und/oder FreundInnen aufgeschlossen? Gibt es eine Vertrauenslehrerin an der Schule?, sind essenziell. In den katholischen Jugendorganisationen gibt es aber auch immer öfter liberale JugendleiterInnen, die in ihrer Mädchen- und

Burschenarbeit auch für Lesben und Schwule unterstützend wirken können.

... bis spät

Immer mehr Frauen aus der so genannten Provinz kommen aber auch zu uns in die Beratungsstelle, die ihr Coming Out mit 35 und älter beginnen. Viele von ihnen sind oder waren verheiratet, haben Kinder und leben im ländlichen Raum. Sie erleben andere Abhängigkeiten und brauchen oft länger, bis sie sich an eine Beratungseinrichtung wenden. Für sie ist es meist einfach unmöglich, in nächster Zeit in eine andere Stadt zu ziehen. Viele sind dennoch Meisterinnen darin, Kinder, Coming Out, gegebenenfalls Scheidung und PartnerInnensuche unter einen Hut zu bringen.

Das Stadt-Land-Gefälle fällt aber hier besonders auf, frau muss sich nur den Versorgungsgrad an Kinderbetreuungsstätten in Erinnerung rufen; psychosoziale Unterstützung für das Coming Out am Land aufzutreiben, ist meist illusorisch. Oft kommen im Gegenteil Befürchtungen hinzu, wie: Ehemann und/oder das Jugendamt könnten das Sorgerecht für die Kinder streitig machen. Ob diese Angst berechtigt ist, wissen wir aufgrund der Erfahrung der Lesbenberatung nicht, uns ist bisweilen kein Fall dieser Art untergekommen. Dass der psychische Druck auf die Frauen jedenfalls groß ist, kann ich aber an dieser Stelle nur bestätigen.

Heimat, fremde Heimat

Unter diesen Aspekten kann die so genannte Heimat schnell zur eigentlichen Fremde, die Fremde aber zum Ort des selbstbestimmten Lebens werden. Für viele ist das immer noch Grund genug, in die Städte abzuwandern, teilweise lassen sie damit auch ihre Familienzusammenhänge zurück und müssen sich neue soziale Netzwerke bauen, die ihnen Unterstützung angedeihen lassen. Diese Notwendigkeit ermöglicht es aber auch vielen Lesben, ihre „Wahlfamilie“ gemäß ihren Bedürfnissen auszusuchen, und dies hilft auch, die eigene Identität zu stärken.

Im Umkreis der Herkunftsfamilie wohnen zu bleiben bedeutet jedoch oft, dass nur

eine Lebensweise akzeptiert wird, die darauf bedacht ist, der sexuellen Identität kaum Öffentlichkeit zuteil werden zu lassen. Wer konservativ lebt und nicht mit der „alternativen“ Lebensgestaltung hausieren geht, wird schon mal toleriert, schiefe Blicke gibt es immer noch jede Menge zu ernten. Das betrifft insbesondere jene Lesben, die sich und ihr Äußeres nicht entlang einer traditionellen Weiblichkeit einordnen lassen. Femininere Lesben erfahren auf diese Weise weniger oft, nicht als Frauen wahrgenommen zu werden, und werden nicht mit „Was wünscht der Herr?“ angesprochen oder von der Damentoilette verbannt.

Jugendlichen Lesben ist es noch viel eher erlaubt, mit einer/der Freundin Hände haltend durch die Straßen zu gehen; wie ist das aber für Lesben mit 40, 50, 70 Jahren? Wird dieses „mädchenhafte“ Verhalten toleriert, oder fällt schon eben diese kleine Geste aus der Palette der erlaubten Signale, weil frau eben nicht mehr in die Schule geht?

„Dahoam is Dahoam“

Es gibt jedoch auch Versuche, mit diesem oft schwierigen Verhältnis von Heimat und Fremde humorvoll umzugehen. Die *Rosa Lila Villa* hat anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens ein T-Shirt herausgebracht, das genau dieses Dilemma aufs Korn nimmt: Wir scheuten uns nicht, ein Bild herzustellen, das die Villa inmitten der Tiroler Berge mit dem Schriftzug „Dahoam is Dahoam“ versah. Für alle, die nicht in Oberösterreich aufgewachsen sind: „Dahoam is dahoam“ ist der Beginn der dritten Strophe der oberösterreichischen Landeshymne. Der Autor Franz Stelzhamer meinte in dieser: „Dahoam is dahoam / Wannst net fort muaßt, so bleib / Denn d'Hoamat is ehnter / Der zweit Muaderleib“ (Daheim ist daheim, wenn du nicht fort musst, so bleib', denn die Heimat ist eher dein zweiter Mutterleib).

Heimat ist in Österreich ein schwer konservativer Begriff, unser T-Shirt (das es übrigens im *Lila Tip* noch käuflich zu erwerben gibt) ist ein Angriff auf diese Vereinnahmung.

Home sweet Homo

Es gibt aber auch Lesben, die sich bewusst dafür entschieden haben, eine Existenz auf dem Land aufzubauen. Manche von ihnen zogen es vor, nach einigen Jahren des Lebens in der Stadt wieder in einer grünen Umgebung ein eigenes Haus zu beleben. Die auffallendste Form dieser Zurück-zur-Natur-Bewegung ist die Lesben- oder auch Frauenlandbewegung. Schon in den 70er-Jahren bildeten sich in



Kanada und den USA Landkommunen, die ausschließlich von Frauen/Lesben betrieben wurden. Land wurde aufgekauft und im Sinne der Subsistenzwirtschaft bestellt und für das eigene Auskommen gesorgt. Einen besonderen Aufschwung bekam diese Bewegung durch Festivals, wie das *Michigan Womyn's Music Festival*. Seit 25 Jahren campieren dort einmal jährlich ca. 6000 bis 8000 Frauen/Lesben, um eine Woche lang gemeinsam Kunst und Musik zu erleben, sie bilden eine große Gemeinschaft, mit professionellen Konzert- und Performancebühnen, unzähligen Workshops, drei vegetarischen Mahlzeiten am Tag für alle.

Viele dieser Communities versuchten, so etwas wie ein utopisches Frauenland zu betreiben; Strukturen, wie konsensuale Entscheidungen, Nicht-Monogamie, Vegetarismus, kein privates Eigentum, waren einige der Eckpfeiler der Kommunen. Ein Leben ohne patriarchale Gewalt, abseits homophober Übergriffe waren die Utopien, die ja auch den heutigen nicht unähnlich sind.

Die separatistische Organisationsform eröffnete aber auch viele Konfliktherde. Zum einen war das Leben auf den oft abgelegenen Landstrichen geprägt von Einsamkeit und Isolation, alle persönlichen Beziehungen waren auf die Kommune konzentriert, das finanzielle Überleben oft unsicher; zum anderen gab und gibt es auch immer wieder Diskussionen, ob Transgender-Frauen das Land betreten dürften oder nicht. Regelmäßig kommt es bisweilen z. B. beim *Michigan Womyn's Music Festival* zum Eklat, ob Transfrauen als Teil

der Community gesehen werden können oder nicht.

„My Home is my Castle“

Mir stellt sich jedoch auch eine grundsätzlichere Frage, und das ist wahrscheinlich die Frage zum Thema Separatismus überhaupt: Welche Strategien verhalfen möglichst vielen Frauen/Lesben zu einem selbstbestimmten Leben ohne Gewalt? Sind Frauenräume von sich aus gewaltfrei? Sicher nicht, aber gibt es einen offensiven Umgang mit diesem Thema in den Communities?

Vieleorts wurde auch angemerkt, dass diese Lesbenlandkommunen oft vorherrschend von weißen Frauen betrieben wurden, die aus der bürgerlichen Mittelklasse zu entfliehen versuchten. Und zum Schluss stellt sich mir auch die Frage, inwieweit der Gestus des Landerwerbs insbesondere im Kontext Nordamerikas eine Wiederholung des „Claiming“ der Pionierzeit ist und somit neokolonialistische Züge trägt.

Das Verhältnis von Lesben auf Landflucht und Landlesben ist, wie ich aufzuzeigen versucht habe, in einem Spannungsfeld zwischen homophober Gesellschaft und Selbstbehauptung verortet. In diesem Feld gibt es unterschiedlichste Lebensentwürfe, die sich durch die steigende Mobilität des Öfteren ändern kann. Ein Maßstab für gesellschaftliche Akzeptanz von lesbischen Lebensweisen wird sein, ob die Sichtbarkeit von Lesben am Land in den nächsten Jahren steigen wird oder nicht.

Marty Huber

Für viele Lesben und Schwule ist das Leben in der Stadt vor allem die Befreiung aus der Enge und der Geschlossenheit der dörflichen Gemeinschaft, die in überlieferten Traditionen und Ritualen verharrt, Neues als Ungewohntes ablehnt und die in ihrer auf Verwandtschaftsbeziehungen abgestellten Strukturiertheit kaum Privatleben zulässt. Und dennoch – fragt man Lesben oder Schwule, die in der Stadt groß geworden sind, fallen die Antworten oft ähnlich aus.

Gernot Wartner
ist Vorstandsmitglied der HOSI Linz.

Lesbisch-schwules Leben in der Provinz

Eine höchst subjektive Bestandsaufnahme

Ein Bauernhof im oberösterreichischen Traunviertel, etwa eine halbe Autostunde von Linz entfernt – ein solider Vierkanthof, der einen sanften Hügel im Alpenvorland markant dominiert. Auf ihm wohnen Willi S. und Peter R. gemeinsam mit Willis Mutter. Beide haben Arbeit in Linz, Willi als Filialleiter einer österreichweiten Supermarktkette und Peter als Beamter der Landesregierung. Und beide bewirtschaften den Bauernhof nebenher.

„Als mein Vater starb, war es für mich klar, dass ich den Hof nicht aufgebe. Auch meine Mutter möchte ich nicht alleine lassen. Als wir uns kennen gelernt haben, war das von vorneherein klar, dass wir hierher ziehen“, erzählt Willi, und Peter ergänzt, dass er ja auch vom Land stamme und daher kein

Problem damit gehabt hätte. „Aber am Anfang war es schon schwierig für mich, wieder auf dem Land zu leben“, erzählt er. „Ich hatte schon irgendwie Angst, was denn die Leute reden würden.“

„Es ist so, wie es ist“

Für Susanne S. ist das kein Problem. „Also mir war das egal. Ich wollte nur raus aus Linz und ein Häuschen im Grünen – das wollte ich eigentlich schon immer. Und nachdem Lisa und ich zusammengezogen sind und sie das auch wollte, war die Entscheidung schnell getroffen. Wir haben in der Zeitung das Angebot entdeckt – also eigentlich Lisa –, und nach ein paar Terminen mit dem Makler und der Bank war die Sache perfekt. Wir hatten auch nie Probleme – obwohl, wir haben auch wenig Kontakt zu den Leuten hier. Unsere Freundinnen sind fast alle in Linz, und wir arbeiten auch beide dort – da ergibt es sich fast automatisch, dass wir eigentlich nur in der Stadt unterwegs sind.“

Die beiden Beispiele zeigen, dass die Motive, auf dem Land zu leben, durchaus verschieden sind. Sie zeigen aber auch, dass es wohl möglich ist, auch wenn etwa Willis Mutter ihre eigenen, anderen Erfahrungen hat. „Also, wie mir der Willi das gesagt hat, das mit seiner Homosexualität, hab' ich schon ein Problem gehabt. Mir war schon klar, dass das nichts Schlechtes ist – mein Gott! –, er ist ja mein Kind, und ich hab' ihn genauso erzogen wie meine zwei anderen Kinder auch. Aber ich hab' mir schon Sorgen gemacht, wie das wohl werden wird. Die Leute reden ja – ich meine, die wissen es ja auch nicht besser. Ich hab' mich ja auch erst daran gewöhnen müssen. Wissen Sie: Ich bin ja noch aus einer Generation, die damit nicht groß geworden ist. Das war ja nichts, worüber man im Radio oder in der Schule gehört hätte! Also, ich bin mir sicher, dass das alle wissen im Ort – vor allem, seit er den Peter hergebracht hat. Aber ich hab' noch nichts gehört; zu mir hat noch niemand etwas gesagt. Und ich geh' halt auch nicht hausieren damit. Es ist so, wie es ist. Das reicht mir.“

Ganz anders hört sich die Geschichte von Johann L. an. Der 24-jährige Soziolo-

giestudent ist froh, jetzt in Linz in einem StudentInnenheim zu leben. „Als ich das für mich akzeptiert habe, war ich so 16 oder 17. Ich bin in Wels in die HTL gegangen, das hieß so etwa 40 Minuten Zug fahren. Und ab und an ist mir halt der Zug davon gefahren. Und so habe ich am Bahnhof halt auch Männer kennen gelernt und bin bald drauf gekommen, dass mir das entspricht. Rückblickend gesehen glaube ich, habe ich zwei Jahre mit mir gerungen, das zu akzeptieren. Ich war ja zu Hause ganz normal sozialisiert: so mit Trachtenverein, Sportklub und Feuerwehr. Ach ja – ministriert habe ich auch. Am Ende war klar: Zu Hause darf das niemand wissen. Ich glaube, meine Mutter bekäme einen Herzinfarkt. Und es hätte ja auch keinen Sinn, ich könnte das bei uns im Dorf ohnehin nicht leben. Hier in Linz gibt es Lokale, Bars und Cafés – da kann ich meine Freunde treffen und so sein, wie ich bin. Zu Hause geht das nicht. Da hätte keiner ein Verständnis dafür.“

Stadtluft macht frei

Für Johann L. ist klar: Stadtluft macht frei. Für ihn und viele anderen Lesben und Schwule ist das Leben in der Stadt vor allem die Befreiung aus der Enge und der Geschlossenheit der dörflichen Gemeinschaft, die in überlieferten Traditionen und Ritualen verharrt, Neues als Ungewohntes ablehnt und die in ihrer auf Verwandtschaftsbeziehungen abgestellten Strukturiertheit kaum Privatleben zulässt. In einer Gemeinschaft, in der jedeR jedeN kennt, ist es kaum möglich, einen eigenen Weg für sein Leben zu finden. Gerade für Lesben und Schwule war und ist der Weg in die Stadt somit oft die einzige Möglichkeit, ihre Sexualität zumindest in gewissen Graden auszuleben.

Und dennoch – fragt man Lesben oder Schwule, die in der Stadt groß geworden sind, fallen die Antworten oft ähnlich aus. Sabine G. erzählt zum Beispiel von nahezu denselben Ängsten, wenn die von Geburt an in Linz lebende Werbegrafikerin zu erklären versucht, warum sie sich immer noch nicht vor ihrer Familie geoutet hat. Und der im Mühlviertel aufgewachsene Manfred R. ist nach zwanzig Jahren in Linz immer noch nicht geoutet – weder an seinem Arbeitsplatz in einem großen Industriebetrieb noch zu Hause bei seiner Familie, obwohl er zugibt, dass es zumindest die Familie bereits weiß. „Seit etwa fünf Jahren hat sogar meine 83-jährige Großmutter aufgehört, mich nach einer Freundin zu fragen – ich nehme also an, die wissen es irgendwie. Aber geredet haben wir nie darüber.“

Dasselbe berichtet auch Peter R. Ihn hat aber einmal eine Schulfreundin darauf angesprochen, nachdem sie Urlaubsfotos von ihm und Willi in der Türkei gesehen hat und ihm offensichtlich nicht abgenommen hat, dass es sich dabei nur um einen Arbeitskollegen handle. „Ich war da echt erschrocken. Sie hat mir das auf den Kopf zugesagt. Wir haben dann lang darüber geredet, und sie hat mir auch versprochen, das nicht rumzuerzählen.“

Markus P. ist das, was die Leute über ihn erzählen, egal. Er hatte schon, seit er 17 war, Sex mit Männern. Zumeist mit Männern, die älter sind als er selbst. „Es war im Mai '89, da hat uns dann die Gendarmerie erwischt. Mein Lover war 37, wir haben es im Auto gemacht. Er ist dann verurteilt worden – nach § 209. Mein Vater ist damals total ausgerastet – ich will das jetzt gar nicht alles erzählen. Mir war dann alles wurscht – war ja jetzt eh schon egal.“ Markus wohnt immer noch in seinem Geburtsort im Salzkammergut. Das sei aber eher Zufall als Absicht, meint er. „Nach der Lehrzeit wollte ich eigentlich weggehen. Aber ich war gut, und zufälliger Weise hat mein Betrieb einen größeren Auftrag bekommen, und mein Chef hat mich Hände ringend ersucht, zu bleiben. Und dabei ist es dann geblieben. Die erste Zeit nach meinem Outing war zwar ziemlich schlimm, aber nach ein paar Monaten hat das keinen mehr gekümmert. Ich komm heute mit allen im Ort gut aus – ich bin aber in meiner Freizeit doch meistens in Salzburg oder Linz.“

Ulrike D. hat ähnliche Erfahrungen. Nach siebenjähriger Ehe ist sie mit ihren beiden Kindern von ihrem Mann weggezogen, hat die Scheidung eingereicht und ist zu ihrer Freundin gezogen. „Meine Mutter hat das überhaupt nicht auf die Reihe bekommen. Erst nachdem sie festgestellt hat, dass meine Kinder damit kein Problem hatten, hat sich die Situation allmählich entspannt. Wir haben uns auch nicht so oft gesehen, aber in den letzten Jahren sind meine Partnerin und ich immer öfter auch für ein paar Tage bei meinen Eltern. Und natürlich hat das der Ort dann bald mitbekommen. Vor allem die Kinder haben sich kein Blatt vor den Mund genommen, wenn sie in den Ferien ein paar Wochen bei ihrer Großmutter waren. Das ist dann schon eine Herausforderung – aber da muss man dann durch.“

Sich selbst annehmen

Mittlerweile haben Ulrike D. und ihre Freundin auch zu Ulrikes ehemaligen Schulfreundinnen guten Kontakt. „Wir werden genauso zu Hochzeiten, Taufen oder Geburtstagsfesten

eingeladen wie alle anderen auch. Das ist niemandem mehr ein Problem – abgesehen vom Pfarrer, aber der hat ohnehin mit allem und jedem ein Problem.“

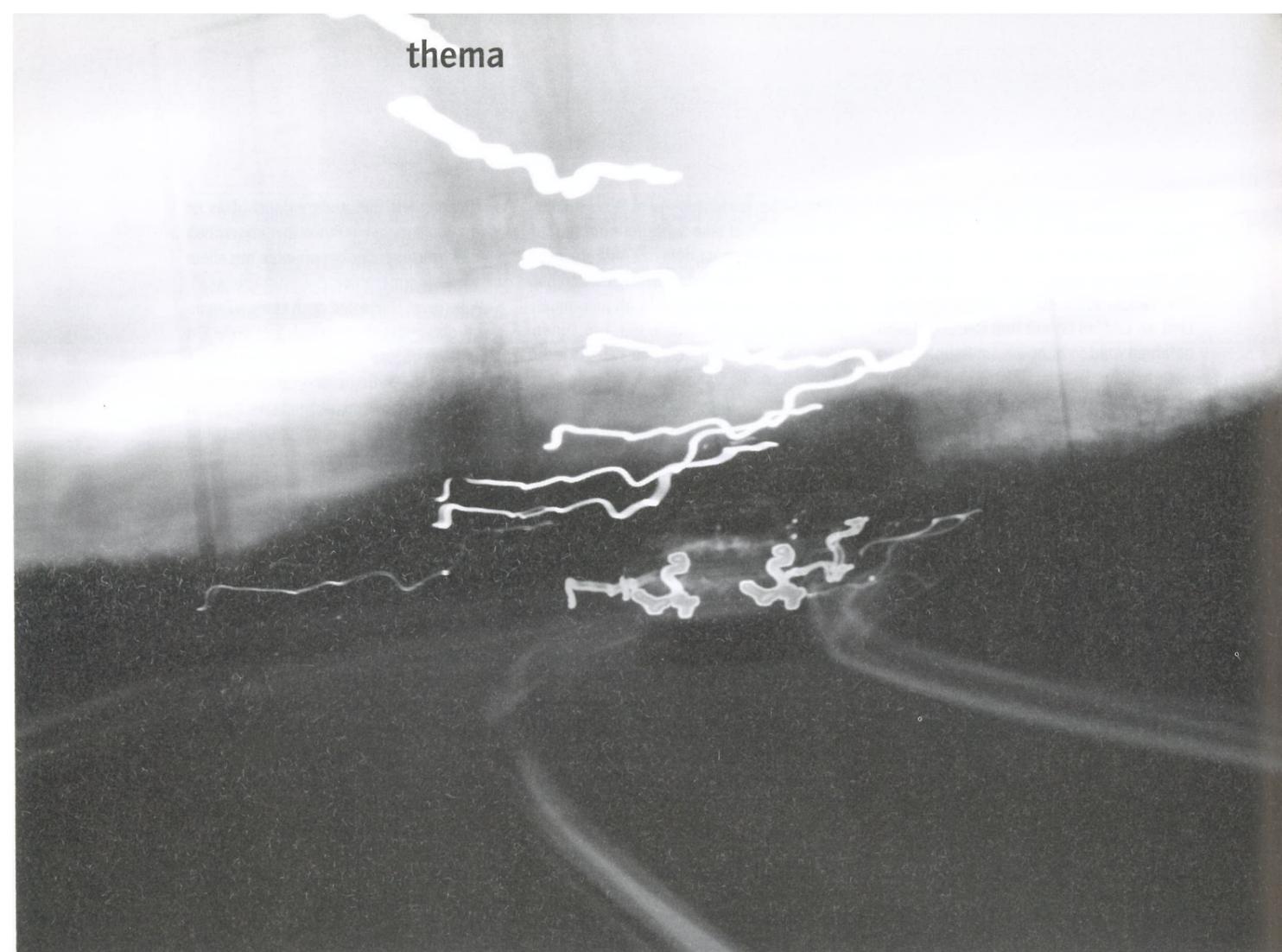
Willi, Peter, Ulrike und auch Markus führen das problemlose Zusammenleben in der Gemeinde nicht zuletzt auf die Medien zurück. Heute, wo beinahe in jeder Vorabendserie ein Vorzeigeschwuler vorkomme, sei das den Leuten kaum mehr ein Problem. „Die Leute haben sich daran gewöhnt, dass es uns gibt. Und sie haben weitest gehend gelernt, dass wir mehr sind, als man gemeinhin annimmt, und dass wir genauso normal sind, wie sie selbst“, findet Willi. Und Ulrike ergänzt, dass die Leute in ihrem Umfeld schnell erkannten, dass sie kein anderer Mensch sei, bloß weil sie jetzt wüssten, dass sie eine Frau liebe. „Die kennen mich ja schon von klein auf. Mit vielen bin ich in die Schule gegangen, wir haben gemeinsam gespielt und Blödsinn angestellt – ich habe mich ja nicht verändert“, stellt sie fest.

Am Samstag ist wieder Feuerwehrübung. Für Johann L., der am Wochenende wieder zu Hause bei seiner Familie sein wird, ist das ein Pflichttermin. Auch Willi S. wird in seinem Ort am Samstag zur Übung ausrücken. Der Unterschied ist nur der – von Willi wissen es seine Kameraden bei der Feuerwehr, dass er schwul ist, von Johann nicht. Ansonsten leben sie ein ganz normales Leben, Willi in seinem kleinen Ort im Traunviertel und Johann in Linz. Und auch Willis Mutter ist ganz zufrieden: „Ich hätte mir schon immer Enkelkinder gewünscht, aber dafür müssen jetzt dem Willi seine jüngeren Brüder sorgen. Hauptsache ist doch nur, dass sich die beiden verstehen. Und der Peter ist schon in Ordnung.“

Rainer Bartel, langjähriges Mitglied der Beratungsgruppe der HOSI Linz und lange Jahre auch Sprecher des Vereins, sieht seine Erfahrung bestätigt: „Es ist egal, wo die Menschen leben – wenn sie Probleme haben, haben sie die meistens mit sich selbst. Dieselben Probleme kann man in der Stadt haben oder wenn man auf dem Land lebt. Am wenigsten haben die ein Problem, die irgendwann lernen, sich selbst anzunehmen. Wenn man das nicht kann, hilft es auch nichts, in die Stadt zu ziehen, denn man kann nicht vor sich davon laufen. Und wir sehen das in der Beratung immer wieder: Die Gesellschaft ist heute insgesamt weiter, als wir das oft glauben wollen. Und sie ist jedenfalls weiter, als so manche PolitikerInnen annehmen.“

Gernot Wartner





Walter war ein erwachsener Mann, aber seine geistige Verfassung war die eines Schulanfängers. Er zog durch die Siedlung, auf der Suche nach Unterhaltung und Ansprache und war glücklich, wenn die Fußballzeit gekommen war.

Erwin Riess ist Schriftsteller, langjähriger Aktivist in der Behindertenbewegung, Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten und STIMME-Autor. Zuletzt erschienen: „Heimatkunde Österreich“ (konkret texte 36, 2003) und „Die Ferse des Achilles. Zur Bedeutung behinderter Menschen für die Gesellschaft“ (Wiener Vorlesungen / edition seidengasse 2004).

Walter, der Fußballspieler

Niemand wusste, wie alt Walter war, auch Walter nicht. Und niemand wusste, wie Walter zu seinem Spitznamen „Billy Atti“ gekommen war. Wenn er an der Lerchenfelder Schulwiese auftauchte, mit Haube und einem abgewetzten grauen Lodenmantel, fingen die Buben an, den wesentlich älteren, größeren und stärkeren Billy Atti zu necken und zu verspotten. Ob er denn die Haube schon einmal verloren habe? Billy antwortete mit Ja. Ob er sie denn wiedergefunden habe, fragte ein anderer. Billy schüttelte den Kopf, und das Gejohle war groß. Walter stand dann still wie ein begossener Pudel, ließ die Arme nach vorne hängen, aber seine Augen lachten mit, und es schien ihn nicht zu stören, dass er der Gegenstand der allgemeinen Erheiterung war. Immerhin wurde er nicht mit Steinwürfen vertrieben oder geschlagen, was bei den älteren Fußballspielern, den in

Lerchenfeld so genannten „Halbstarken“, bisweilen vorkam. Besonders einer war dabei, der Walter zum Ziel seiner bössartigen Scherze machte. Als er es einmal besonders arg mit dem armen Walter trieb, riss der ihm mit einer Gewandtheit, die ihm niemand zugetraut hätte, ein großes Büschel Haare aus der Kopfhaut, worauf der Peiniger blutend und schreiend nach Hause lief. Aber auch Walter lief, mit den Haaren in der Hand, weinend nach Hause. Er solle niemandem weh tun, hatte seine Mutter ihm eingeschärft, sonst müsse er von ihr weg, in ein Heim, aus dem er nie hinaus dürfe und wo es keine Buben gebe, mit denen er spielen könne.

Wenn zu wenig Kicker für ein ordentliches Match vorhanden waren, durfte Walter mitspielen, im Tor oder in der Verteidigung. Bei Zweikämpfen mit dem kräftig gebauten jungen Mann steckten viele zurück, denn

Walter schonte weder sich noch den Gegner, er spielte aber nie unfair, nur konsequent und hart. Er verfügte über einen scharfen, trockenen Schuss, der zwar unplatziert war, weil er mit der Schuhspitze getreten war, aber weil sein Schuss so hart war, erzielte Walter so manches Tor und heimste Lob von seinen Mitspielern ein, worauf er errötete, sich umdrehte und Freude strahlend zur Mittelaufgabe zurück trottete. Trotz seiner Haube und seines Mantels war er ein guter Läufer, er war aber weniger spurtstark als ausdauernd und nahm Bälle an, denen sonst niemand nachgelaufen wäre. Walter rennt in die Pampas, hieß es in solchen Fällen.

Im Sommer spielte Walter manchmal mit kurzer Clothhose und einem Ruderleibchen. Aber im Sommer spielten wir Buben von der Werkssiedlung der Hütte Krems selten auf der Schulwiese, sondern veranstalteten Kopfball-Turniere an ehemaligen Baggerseen in der Au, und mit dem Köpfeln hatte Walter seine Probleme. Die so genannte „Seetaler Karibik“ war im Zuge des Schnellstraßenbaus Wien-Krems errichtet worden und bestand aus mehreren Seen in einem Austreifen zwischen der Donau und dem Kremsfluss. Binnen weniger Jahre hatte die Au die kahlen Schotterberge überwuchert. Für uns war die „Karibik“ ein Paradies. Im Winter spielten wir auf den zugefrorenen Lacken Eishockey oder fuhren Radschlalom, im Sommer pendelten wir zwischen der Arbeitersiedlung und der Au. Die Älteren zelteten auch an den Ufern, brietten Fische und Erdäpfel und verschwanden mit den Mädchen im Schilf.

Walter war ein erwachsener Mann, aber seine geistige Verfassung war die eines Schulanfängers. Er zog durch die Siedlung, auf der Suche nach Unterhaltung und Ansprache und war glücklich, wenn die Fußballzeit gekommen war, denn dann durfte er beim Training der Ersten Mannschaft der Hütte Krems den Ballbuben machen. Neben dem Fußballspielen hatte Walter eine zweite Passion. Er kannte alle Liebesplätze in der Umgebung und hatte sich dort versteckt zurechtgelegt, die er regelmäßig aufsuchte – in der Hoffnung, ein Liebespärchen beobachten und dabei masturbieren zu können. Manchmal wurde Walter erwischt und vertrieben, aber oft kehrte er mit schmutzigen Kondomen in der Hand in die Siedlung zurück; er trug sie stolz und für alle sichtbar, als sei er es gewesen, der ein Mädchen gehabt hatte.

An einem strahlend schönen Januartag des Jahres 1969 spielten wir nachmittags auf einem zugefrorenen Schottersee Eishockey. Wir hatten den Schnee zur Seite geschippt, ein Feld frei gemacht und freuten uns auf die Spiele. Walter stand bei uns und keuchte, er hatte sich beim Schneeschaukeln mächtig ins Zeug gelegt. Ein Bub drehte auf dem Eis ein paar Runden mit dem Fahrrad. Auf dem Gepäckträger hatte er einen Fußball festgeschnallt. Als der Bub ans Ufer kam, schoß er den Ball weit aufs Eis hinaus. „Was soll das“, fragte einer. „Ich schicke Walter in die Pampas“, sagte der Radfahrer und rannte los. Walter rannte ebenfalls los. Da hielt der Bub inne und schlug sich vor Lachen auf die

Schenkel, als er Walter übers Eis stolpern sah. Bald hatte Walter den Ball erreicht, er kickte ihn vor sich her und trabte zu uns zurück. Plötzlich wurde er langsamer und blieb stehen. Verblüfft schaute er um sich. Das Eis hatte Sprünge bekommen und die liefen unter lautem Krachen unter seinen Füßen weiter. Walter ruderte mit den Armen und deutete auf das Eis, aber noch bevor wir ihm zurufen konnten, brach das Eis unter seinen Füßen gänzlich ein, und seine Füße versanken im Wasser. Dann kippte er nach vorne und war weg. Das Eis brach weiter ein, es war unmöglich, Walter zu helfen. Wir liefen am Ufer entlang und hielten nach ihm Ausschau, aber er blieb verschwunden. „Die ‚Pampas‘ hat den Walter geschluckt“, sagte einer.

Zu Hause sagten wir nichts. Als Walters Mutter ihren Sohn in der Siedlung nicht fand, ging sie zur Polizei. Die reagierte unwillig. Daraufhin holte Walters Mutter Arbeiter vom Werk. Zwei Tage lang suchten sie ergebnislos die Au ab. Dann konnte einer von uns, dessen Vater auch im Suchtrupp war, nicht mehr dorthin und erzählte, was mit Walter geschehen war.

Beim Begräbnis war die halbe Siedlung angetreten. Walters Mutter, eine stolze und verhärmte Frau, hatte ihren Mann sehr früh bei einem Arbeitsunfall verloren. Nun hatte es auch ihren einzigen Sohn erwischt. Die Frau stand aufrecht vor Walters Grab und warf Erde und eine Rose hinein. Sie weinte nicht, sie schwankte nur ein wenig.

Erwin Riess

abo@initiative.minderheiten.at

Mit einem E-Mail können Sie die Stimme abonnieren

www.initiative.minderheiten.at

Besuchen Sie unsere Website

Bitte beachten Sie unsere neuen E-Mail-Adressen

office@initiative.minderheiten.at

stimme@initiative.minderheiten.at

„Das ist ja das Grundproblem, das man hat: Etwas als interkulturellen Konflikt zu bezeichnen, wenn es eigentlich um Lärm geht, wie bei anderen Konflikten auch. Denn das Kindertrampeln und Möbelrücken hat man in jedem zweiten Konfliktfall.“

„Immer ein bisschen dazwischen stehen“

Ein Gespräch mit Maria Maißer über die Gebietsbetreuung, „interkulturelle“ Konflikte und Lösungsversuche

STIMME: Was sind die Aufgaben der Gebietsbetreuung?

Maria Maißer: Gebietsbetreuung ist ein Konzept, das in den Siebzigern in Wien das erste Mal realisiert wurde. Dabei ging es um BewohnerInnen-orientierte Stadterneuerung, und als Unterstützung dazu ist die Gebietsbetreuung gegründet worden. Dieser alte Bereich ist die so genannte „klassische Gebietsbetreuung“. Wir sind die Gebietsbetreuung für städtische Wohnhausanlagen; diese „Gebietsbetreuung Neu“ wurde 1999 gestartet. *Wiener Wohnen* – die Hausverwaltung der Gemeindebauten – hat einen großen Bedarf im Bereich Konfliktmanagement gesehen.

Wer finanziert das?

Wir sind finanziert von der MA 25. Die Gebietsbetreuung sind Aufträge, die an private Unternehmen vergeben werden, also ich bin angestellt bei der SEG – das ist ein Bauträger, der Sanierungen von Gemeindebauten gemacht hat und auch Beschwerdestelle für technische Probleme war. Die SEG hatte schon Aufträge für die klassische Gebietsbetreuung und im Anschluss daran den Zuschlag für das Pilotprojekt „Gebietsbetreuung Neu“ erhalten.

Welche Konflikte werden an die Gebietsbetreuung herangetragen?

Die Konflikte kommen zum Teil von *Wiener Wohnen*, teilweise von anderen Stellen, Magistratsabteilungen, Stadtratsbüros, dem Wohnbaustadtrat. Es gibt MieterInnen, die schreiben einen Brief an Wohnbaustadtrat Faymann, weil sie irgendein Problem haben, und das wird dann von den MitarbeiterInnen an die zuständigen Institutionen weitergeleitet, und einen Teil bekommen wir.

Es gibt zwei verschiedene Bereiche: Einzels-Konflikte, typische Nachbarschaftskonflikte, wo einer oben und einer unten wohnt und es um Lärmbelästigung geht, oder andere Dinge wie Mist, Geruchsbelästigung oder Streitereien, weil es früher einen Kontakt gegeben hat und dann ein Streit war. Oder es gibt allgemeine Beschwerden, Lärm oder Dreck im Hof. Da machen wir dann manchmal Projekte dazu: Versammlungen mit den MieterInnen, oder wir versuchen gemeinsam

mit *Wiener Wohnen* zu schauen, was für einen Bedarf es gibt, kann der Freiraum im Hof erweitert werden usw.

In unserem Auftrag ist übrigens festgelegt, dass wir mit mediativen Grundsätzen unsere Vermittlungsarbeit leisten. Das ist aber nicht näher definiert. Da wir keine Entscheidungsgewalt haben und die Mieter ja auch nicht mit uns reden müssen – wenn wir jemanden anschreiben oder hingehen und sagen, es gibt da Probleme, und der sagt: Ich rede mit Ihnen nicht! –, können wir die Leute nicht zwingen, wir sind nicht die Hausverwaltung, die haben mit uns kein Vertragsverhältnis. Wir können niemanden abmahnen. Das wird aber leider oft von uns erwartet. Viele Mieter haben halt so die Vorstellung, da muss jetzt endlich jemand kommen, der das Problem lösen soll!

Wie geht es ihnen damit, so einen Job zu machen, in dem man in erster Linie Vermittlerin ist?

Ich habe oft das Gefühl, wir stehen so ein bisschen dazwischen. Denn einerseits sollten wir unseren Auftrag erfüllen, andererseits gibt es sehr viele andere Stellen, die ganz andere Entscheidungsmöglichkeiten haben. Es ist manchmal schon mühsam. Ich sage immer: „Wir bieten das an, und Sie können das annehmen.“ Dann kann ich damit leben, wenn jemand diese Serviceleistung nicht annimmt. Schwierig ist es für mich immer, wenn eine Partei den Konflikt gerne bearbeiten möchte und die andere nicht.

Sie haben im Zuge Ihrer Ausbildung zur Interkurlotsin das Thema interkulturelle Konflikte als Lernprojekt gewählt? Warum?

Das Thema ist sehr präsent in unserer Arbeit. Die Beschwerdeführer (so nennen wir die, die zu uns kommen) bringen ganz oft das Thema „Ausländer im Gemeindebau“ ein, obwohl es ihnen bei ihrem Konflikt gar nicht darum geht.

Um was geht es den MieterInnen?

Da ist ein Konflikt zwischen zwei Österreichern wegen Müll, und im Zuge der Konfliktbearbeitung fallen solche Sätze über „die Ausländer“: „Die werden jetzt immer

mehr, können nicht so gut Deutsch, sehen anders aus, die Kinder sind lauter, und das ist so eine Bedrohung. Alles ist schlechter als früher“, das hören wir sehr oft.

Deshalb war es für mich so wichtig, mich mit diesem Thema einmal auseinander zu setzen. Was ist das eigentlich? Sind das interkulturelle Konflikte oder nicht? Das ist ja das Grundproblem, das man hat: Etwas als interkulturellen Konflikt zu bezeichnen, wenn es eigentlich um Lärm geht, wie bei anderen Konflikten auch. Denn das Kindertrampeln und Möbelrücken hat man in jedem zweiten Konfliktfall. Für mich war wichtig, dass ich mir klar werde, wann ich reagieren muss, auch für meine Psychohygiene. Wenn ich solche Aussagen höre, bin ich oft ein bisschen gelähmt. Ich denke mir dann: Soll ich da jetzt was sagen oder nicht? Soll ich mich auf eine Diskussion über Fremdenfeindlichkeit einlassen, oder soll ich das übergehen und sagen: „Wir kommen jetzt zum konkreten Konfliktfall“? Das ist sehr schwierig. Eine hundertprozentige Lösung habe ich trotz Lernprojekt nicht gefunden, aber es ist schon ein bisschen leichter geworden.

Wann handelt es sich um einen interkulturellen Konflikt?

Wenn in der Konfliktbearbeitung oder im Konfliktgeschehen die Herkunft eine Rolle spielt, irgendwann einmal, dann würde ich von einem interkulturellen Konflikt sprechen. Und dann gehört das auch, wenn es zu einer Mediation kommt, angesprochen. Sehr oft ist es so, dass auf beiden Seiten Verletzungen passiert sind. Von „österreichischer Seite“ fallen oft Aussprüche wie: „Da könnt ihr euch nicht so aufführen, und da müsst ihr euch anpassen, sonst gehts wieder ham!“ – was für die Leute oft total kränkend ist, weil manche können das überhaupt nicht nachvollziehen. Umgekehrt passieren aber auch Dinge, die verletzend sind, und das geht hin und her und schaukelt sich immer mehr auf. Wenn man das ansprechen kann und wenn da der Schritt passiert, dass jemand sagt: Das habe ich nicht so gemeint, und: Ich wusste ja nicht, dass ... – dann funktioniert es manchmal, aber sehr oft kommt es gar nicht so weit.

Auch im Zuge meines Lernprojekts habe ich zum Thema interkulturelle Mediation nichts wirklich Hilfreiches gefunden. Das waren Mediationsfälle auf einem Niveau, von dem ich nicht ausgehen kann.

Das heißt, dass die Menschen andere Voraussetzungen mitbringen müssten?

Ja genau. Hohe Kommunikationsfähigkeit,

eigenes Interesse, von sich aus eine/n MediatorIn kontaktieren ... das ist ja bei uns alles nicht der Fall. Bei uns ist ein sozialarbeiterisches niederschwelliges Niveau, wo zum Teil einfach soziale Probleme im Vordergrund stehen, mit denen man ganz anders umgehen muss. Einerseits war es frustrierend, dass es einfach nichts gibt, von dem man sagen kann: Das ist jetzt mein Gerüst, da halte ich mich fest, das kann ich dann meinem Team präsentieren, und alle sagen dann „Aha, so macht man das jetzt“. Irgendwann in der Mitte des Lernprojekts wusste ich, dass ich das nicht erwarten kann. Für die Mediationen hat mir das Projekt aber schon geholfen. Aber ich werde nie sagen können: Ich bin jetzt interkulturelle Mediatorin und kann damit super umgehen.

Wie sieht das Konfliktpotential bei anderen Minderheitengruppen aus: Lesben, Schwule, Transgender-Personen, Menschen mit Behinderung?

Seit ich dabei bin, hatten wir ein paar Fälle, wo es um Menschen mit einer Körperbehinderung ging, wo es Konflikte gab, durch das Rücken von Rollstühlen und dem damit verbundenen Lärm. Es gibt im 21. Bezirk auf der Brünner Straße einen Gemeindebau mit behindertengerechten Wohnungen, in dem viele RollstuhlfahrerInnen wohnen, und da waren Konflikte auch zwischen RollstuhlfahrerInnen, wobei es auch um Lärmbelästigung ging. Wir haben immer häufiger Konflikte, in denen psychisch kranke Menschen beteiligt sind, die sehr oft selber BeschwerdeführerInnen sind, weil sie sich einbilden, die Nachbarn beobachten sie, haben Geheimtüren in ihre Wohnung, aus der Steckdose schicken sie ihnen irgendwelche Strahlen, also es sind zum Teil sehr skurrile Sachen, und es ist auch sehr schwierig das zu sehen. Ich bin keine Psychologin. Es fängt oft an wie eine normale Konfliktbearbeitung, und im Laufe der Bearbeitung merkt man, dass es immer komischer wird.

Was tun Sie dann in einer solchen Situation?

Im 22. Bezirk haben wir einen guten Kontakt zum PSD (Psychosozialer Dienst) aufgebaut. Das ist eine Bezirksstelle mit Ärzten, und von denen kriegen wir Unterstützung. Im 22. machen sie auch Hausbesuche. Es ist nämlich total schwierig; diese Menschen sind sehr empfindlich, wenn man sie fragt, ob sie schon einmal beim Psychosozialen Dienst waren. Die sagen dann: „Glauben Sie, ich

bin deppert, ich bilde mir das alles ein?“ Das ist ein heikles Thema. Wir gehen da so vor, dass wir es erst nehmen und sagen: Ihnen muss es da sehr schlecht gehen, und: Was könnten Sie da tun? – und das funktioniert eigentlich am besten. Sich auf das Befinden ein bisschen zu konzentrieren und nicht auf die Geschichten, die da rennen. Ansonsten nehmen wir Kontakt auf mit dem PSD, und die gehen dann hin, und wir hoffen, dass diese Behandlung dann auch angenommen wird, was natürlich nicht immer passiert. Dann sind wir halt die, zu denen sie alle paar Monate kommen, wenn es besonders schlimm ist.

Am konfliktrichtigsten sind aber meist die unterschiedliche Herkunft, der Lebensrhythmus, der Lärm.

Anmerkung:

¹ *Interkurlotsen Österreich* ist eine EQUAL-EntwicklungspartnerInnenschaft unter Beteiligung von: Volkshilfe Österreich, Initiative Minderheiten, Trigon GmbH, Startbahn, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, ÖGB, Wirtschaftskammer Österreich, Bundesministerium für Inneres und Alevitisches Kulturzentrum Österreich.

Interview: Ursula Hermann



Verschleppte Geschichten: Arbeitsmigrationspolitik und koloniale Einschreibungen¹

Kien Nghi Ha

Die Geschichten und Konzepte zum grenzüberschreitenden Transfer von Arbeitskräften bewegen sich innerhalb eines Machtraums, der das ungleiche Verhältnis zwischen Peripherien und Metropolen widerspiegelt. In praktisch allen westlichen Staaten werden durch Arbeitsmigrationspolitik insbesondere People of Color² strukturell diskriminiert. Da vor allem Menschen aus ehemals kolonialiserten oder randständigen Gesellschaften benachteiligt werden, ist zu analysieren, inwieweit diese Politik eine koloniale Aneignungsform darstellt.

In diesem Zusammenhang interessiert mich die Frage, wie postkoloniale Kritik unterschiedliche Zeitlichkeiten sowie innere und äußere Räume miteinander verknüpft. Durch diesen Perspektivwechsel können dominante Geschichtsbilder dekonstruiert und neue Fragestellungen entwickelt werden.³

(Spät-)koloniale Ausbeutung

Koloniale Praxis ist als eine rassistische Form der Aneignung des Anderen zu verstehen, die vor allem räumliche, kulturelle und sozio-ökonomische Domänen erfasst. Gerade durch migrations- und biopolitische Prozesse werden menschliche Ressourcen vereinnahmt. So wurde die Kolonialisierung der Welt von Anfang an durch freiwillige und erzwungene Migrationspolitik vorangetrieben. Eroberungen, Vertreibungen, Besiedlungen und Versklavungen waren ihre direkten Folgen. Mittels Zerstörung, Verschleppung, Ressourcentransfer, Armut, Missionierung und „Erziehung zur Arbeit“ wurden Arbeitsformen in Gang gesetzt, die Menschen zwangsläufig in Bewegung versetzten.

In diesem Rahmen stellt die Aneignung außer-europäischer Arbeitskräfte einen zentralen Bestandteil des modernen Kolonialisierungsprojektes dar. Entsprechend gehörten Sklaverei und forcierte Kontraktarbeit über Jahrhunderte hinweg als Massenphänomene zur kolonialen Normalität. Inzwischen haben sich diese Extremformen historisiert. Geblieben sind dagegen Arbeitsverhältnisse, die die gewaltförmige Verwertung des kolonisierten Körpers und seiner Produktivkraft erlauben. Oder unterscheidet sich die staatlich geförderte Ökonomie der Illegalisierung grundlegend von spätkolonialen Ausbeutungspraktiken?

Lange Zeit verliefen Arbeitsmigrationen als raumgreifende Einbahnstraßen von den europäischen „Mutterländern“ in die Kolonien, während die Unterworfenen innerhalb der Imperien zerstreut wurden. Durch koloniale Globalisierung wurden entfernte Räume, Kulturen und Geschichten in der Moderne untrennbar miteinander verkettet. Erst im Laufe der westeuropäischen Industrialisierung im 19. Jahrhundert verlagerte sich diese Richtung. Ursache war ein Wirtschaftswachstum, das nicht mehr mit einheimischen Kräften abgedeckt werden konnte.⁴ Um die nationale Machtposition im

sich verschärfenden weltweiten Konkurrenzkampf westlicher Kolonialökonomien nicht zu gefährden, wurden ArbeitsmigrantInnen in die imperialen Zentren herangezogen.

Durch Umkehrung der Migrationsrichtung fand eine Expansion diskriminatorischer Aneignungspraktiken nach innen statt. Die Zuwanderungssteuerung bewegt sich seither in einem Rahmen, der das Einverleiben subalternen „Humanressourcen“ nationalökonomisch funktionalisiert und gleichzeitig mit rassistischen Abwehrdiskursen unterfüttert. Auf diese Weise sind marginalisierte MigrantInnen sowohl als Aneignungsobjekte wie als „Sündenböcke“ nützlich.

Phasen der Arbeitsmigrationspolitik

Durch die Einverleibung migrantischer Produktivkräfte werden Profit und nationales Wachstum maximiert. Seit ihren Anfängen wird Arbeitsmigration daher staatlicherseits als ein Mittel zur Abschöpfung von wertvollem „Humankapital“ aus der abhängigen Peripherie angesehen. Dabei wird der menschliche Wert durch die investierten Sozialisations- und Ausbildungskosten bestimmt. Während westliche Nationalökonomien menschliche Ressourcen aus der postkolonialen Welt hinzugewinnen und Ausgaben einsparen, müssen letztere Verluste und Kosten tragen.

Diese Konzeption staatlicher Arbeitsmigrationspolitik lässt sich grob in zwei Phasen untergliedern: Während im langen 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg die innereuropäische Semiperipherie als menschliches Ressourcenlager diente, wurde der Einzugsraum nach dem Zweiten Weltkrieg auf die post-/koloniale Welt ausgedehnt. Wie heute galt es auch damals, den ansteigenden Bedarf an leistungsfähigen Arbeitskräften möglichst billig zu befriedigen.⁵ So wurden die ArbeiterInnen aus dem „irischen Hinterhof“ Englands seit den 1950er-Jahren durch Einwanderinnen und Einwanderer aus den karibischen und südasiatischen Domains ergänzt und in den am stärksten marginalisierten Bereichen auch ersetzt.

Zur selben Zeit förderte Frankreich neben dem traditionellen Zuzug aus den weniger entwickelten Gebieten Spaniens und Italiens auch Einwanderung aus den frankophonen Gesellschaften Afrikas. Dagegen musste Deutschland während des Kalten Krieges auf seine angestammten Arbeitsmärkte in der osteuropäischen Semiperipherie verzichten und auf „Gastarbeiter“ aus den Mittelmeer-Anrainerstaaten ausweichen.

Durch die selbst entfachten Weltkriege hatte Deutschland zuvor sowohl seine Kolonien als auch die NS-Besetzungen „verspielt“.

Äußere und innere Kolonialisierung

Diskriminatorische Arbeitsmigrationssteuerung verweist auf eine Bereicherungslogik, die erstmals in der Hochphase des westlichen Imperialismus nationalstaatlich umgesetzt wurde. Imperialistische Weltanschauung lässt sich als eine Ideologie auffassen, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die eigene nationale Machtstellung im Wettlauf der Kolonialmächte um globale Ressourcen rücksichtslos durchzusetzen sucht. In diesem Kontext wurde die Zuführung von benötigten Arbeitskräften aus abhängigen Gebieten als rassistisches und ökonomisches Instrument der Standorticherung und Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit begrüßt. Der Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Kolonialisierung lässt sich am Fallbeispiel Deutschland direkt verfolgen.

Nachdem die „verspätete“ Kolonialnation 1884 ihre ersten „Schutzgebiete“ im südli-

chen Afrika in Besitz nahm, begann Preußen vornehmlich polnische MigrantInnen im inneren Ausland unter Bedingungen zu beschäftigen, die selbst zeitgenössische Kommentatoren als ein „Dasein rechtloser Lohnsklaven“ bezeichneten. Bis 1914 sollte das deutsche Kolonialkaiserreich hinter den USA zum weltweit zweitgrößten Importeur migrantischer Kräfte aufsteigen.⁶

Auch die Matrix und Logik der Gastarbeiterpolitik wurden durch einen kolonialen Blick geprägt. Selbst die gegenwärtig dominanten Migrationsdiskurse haben diesen Horizont nicht verlassen. Gerade am deutschen Beispiel lässt sich strukturell aufzeigen, wie stark koloniale Muster durch Tradierung und eine rassistische Verwertungslogik im Umgang mit MigrantInnen eingeschrieben sind.

Dabei können sich koloniale Praktiken keinesfalls eins zu eins von den Kolonien in die Zentren übersetzen. Ebenso wenig können historische Formen vollkommen unverändert in der Gegenwart fortbestehen. Diese Brüche und Tradierungen in der historischen Entwicklung werden durch die NS-Problematik zusätzlich verkompliziert.

Die NS-Zeit nimmt eine ambivalente Rolle ein: Einerseits markiert sie aufgrund ihrer Singularität einen Bruch in der geschichtlichen Fortschreibung politischer Praktiken. Andererseits hat sie kolonialrassistische Ideologeme im gesellschaftlichen Unbewussten vertieft. Durch die Tabuisierung und ausgebliebene Thematisierung werden diese Bestände als institutionalisierte Diskriminierungen normalisiert. Dieser rassistische Konsens konnte etwa mittels der „Asylantenhetze“ mobilisiert werden.

Tradierung behördlicher Praxis

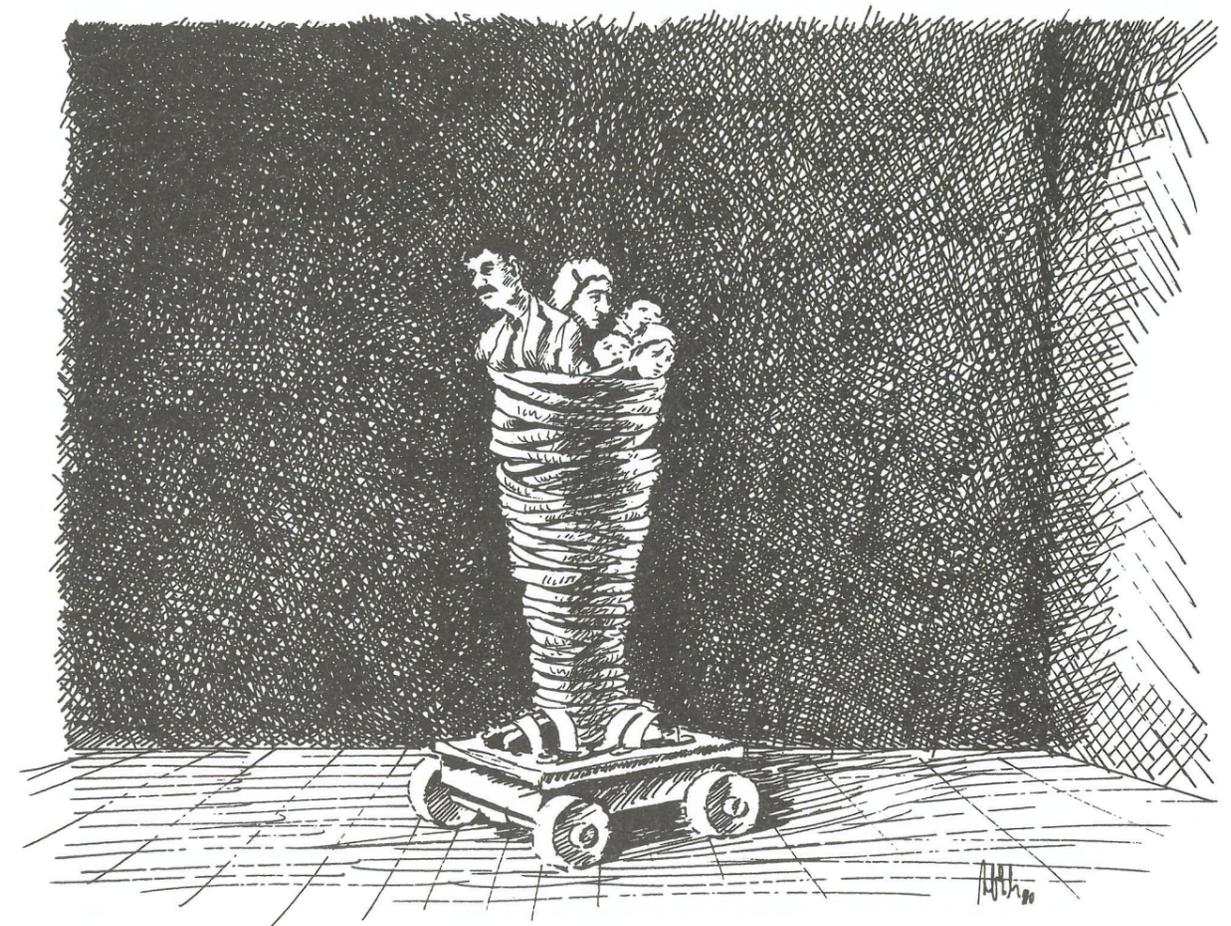
Die Tatsache, dass viele Elemente aus der kolonialen Phase in der bundesrepublikanischen Migrationspolitik überlebt haben, ist der Beweis für einen Ausgangspunkt im imperialen Deutschland. Diese Verbindung kommt etwa in den *Images* des anti-migrantischen Rassismus zum Ausdruck.

Bereits im Kaiserreich wurden MigrantInnen mit „Fluten“ und „Strömen“ assoziiert, die durch massive Überfremdungsdiskurse noch bedrohlicher erschienen. Entsprechend aggressiv wurde damals wie heute die Parole

Name: _____
 Die Person mit
 Geburtsort: _____
 Wohnort: _____
 Geburtsdatum: _____
 Geburtsort: _____
 Familienname: _____
 Wohnort: _____
 Beruf: _____
 Provinz: _____
 In der
 Stadt: _____
 Hier und
 Anzahl der
 Arbeitsstellen: _____
 Arbeitsort: _____

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

 Legitimationskarte Nr. 000000
 Auf Grund der Verordnung über die Arbeitskräfte in öffentlichen Betrieben
 (Arbeitskräfteverordnung vom 1. März 1951) und der Verordnung über die
 Besetzung der Betriebe der öffentlichen Wirtschaft und der Betriebe der
 öffentlichen Wirtschaft mit ausländischen Arbeitskräften vom 1. März 1951
 ist nicht für einen Aufenthalt als Leistungsmigrant
 und zur In-Verbindung mit dem Reisepass
 vom _____ bis _____
 In der
 Stadt _____
 Bundesamt für Arbeit
 Deutsche Volksgewerkschaft in der DDR
 in Auftrag



Zeichnung: Andreas Ohrenschildt

„Deutschland den Deutschen“ als völkisches Fanal eingesetzt.

Auf der institutionellen Ebene knüpfte die für die Anwerbung von ArbeitsmigrantInnen zuständige „Preußische Feldarbeiter-Zentralstelle“ organisatorisch an die „Centralstelle zur Beschaffung Deutscher Ansiedler und Feldarbeiter“ des Alldeutschen Verbandes und des Ostmarkenvereins an. Diese einflussreichen Verbände traten für eine aggressive Kolonialpolitik ein und sahen in der Arbeitsmigration ein geeignetes Instrument, um ihre Ziele zu verwirklichen. Diese institutionelle Kontinuitätslinie setzt sich bis zur Bundesanstalt für Arbeit fort.

Wie weit reichend diese Tradierung in der behördlichen Praxis ist, verdeutlicht ein bürokratisches Detail wie die „Legitimationskarte“. Diese Karte galt in der Kaiserzeit für die „Auslandspolen“. Sie wurde in der BRD dann gegen „Gastarbeiter“ angewandt, um das repressive Arbeits- und Aufenthaltsrecht polizeilich zu verwalten. Dagegen reicht die Geschichte des 1965 wieder eingeführten Ausländergesetzes bis zur „Ausländerpolizeiverordnung“ (1938) und zur „Kriegsverordnung für die Behandlung von Ausländern“ (1939) zurück. Als Sondergesetze sollten sie die einseitige Durchsetzung deutscher Interessen juristisch sicherstellen.⁷

Das Ziel war ein flexibles Migrationsregime, das der frühere NS-Richter und langjährige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, ungewollt, aber treffend als „rotierenden Ex- und Import jeweils junger frischer Gastarbeiter“ charakterisierte. Die Rotation sollte die ökonomische Rentabilität und Flexibilität des deutschen Gastarbeitersystems erhöhen. Langfristige Sozialkosten wie Arbeitslosengeld, Gesundheitsversorgung, Rentenanspruch etc. sollten so auf die Herkunftsländer abgewälzt und notwendige Infrastrukturmaßnahmen wegen Niederlassung und Familienzusammenführung vermieden werden. Neben den sozioökonomischen Vorteilen konnte auf diese Weise auch das politische Programm der völkischen Reinheit im Nicht-Einwanderungsland behauptet werden.⁸

Ethnisierte Ungleichheit

Angesichts der rassistischen Ausgrenzung und der Verweigerung bürgerlicher Rechte, die seit Jahrzehnten Niedergelassene zu „Ausländern“ macht, werden MigrantInnen nicht nur als frei verschiebbare Verbrauchsobjekte, sondern auch als ArbeiterInnen minderen Rechts behandelt. Seit den Anfängen der Migrationspolitik werden sie gezielt in prekären Verhältnissen zu Konditionen

beschäftigt, die für Deutsche in der Regel inakzeptabel sind. Indem ihnen bevorzugt die körperlich oder gesundheitlich belastenden und gering bezahlten Arbeiten in den untersten Stufen der Betriebshierarchie in konjunkturenfalligen Branchen zugewiesen wurden, konnten nach Schätzungen von Friedrich Heckmann etwa 2,3 bis 2,7 Mio. Deutsche sozial aufsteigen.⁹

Diese Unterprivilegierung drückte sich in Krisenzeiten als ethnische Kündigungspolitik aus, die den MigrantInnen etwa in der Rezession 1974/75 ein viermal so hohes Entlassungsrisiko aufbürdete. Auf diese Weise wurden sie als Konjunkturpuffer, Sicherheitsventil, Sündenbock und Steigbügel instrumentalisiert, um sozioökonomischen Nutzen zu erzielen und gesellschaftliche Spannungen durch forcierten Rassismus auszugleichen.

Die Folgen der ethnisierten Arbeitsteilung sind Unterschichtung und Marginalisierung, die – wie im Falle der türkischen MigrantInnen – weitgehend an die nachfolgenden Generationen sozial vererbt werden. Diese ethnisierte Ungleichheit und soziale Schließung werden staatlicherseits durch das „Inländerprimat“ im Arbeitsförderungsgesetz, in der Arbeitsgenehmigungsverordnung und im Asylrecht zur gesellschaftlichen Norm erklärt. Dieses Primat sieht eine gesellschaftliche Vorrangstellung für Deutsche und mit ihnen gleichgestellte EU-BürgerInnen vor. Statt Leistung oder Kompetenz sind nationale und de facto auch „rassische“ Kriterien bei der Verteilung von Lebenschancen bestimmend. Nach der EU-Erweiterung werden vor allem Nicht-Weiße durch solche Gesetze benachteiligt. Insgesamt produzieren diese multiplen Diskriminierungsdynamiken Gesellschaftsverhältnisse, die viel zu selten als sozialimperialistische Effekte problematisiert werden.

Kannibalistische Migrationsrezepte

Gegenwärtig werden nicht nur in der BRD kannibalistische Migrationsrezepte heiß diskutiert, die begierig sind, den „brain-drain“ (Gehirnausfluss) aus postkolonialen Gesellschaften aufzusaugen. Schließlich sind die industrialisierten Staaten im globalen Verteilungskampf um die „besten Köpfe“ bestrebt, nicht ins Hintertreffen zu geraten. So wie im 19. Jahrhundert im „scramble for Africa“ der nationale Platz an der Sonne gesichert werden sollte, so erleben koloniale Denkfiguren wie das „head-hunting“ beim Run auf die Wissensgesellschaft ein zeitgemäßes Revival. Im Unterschied zu früheren Phasen bemüht sich die heutige

Selektionspolitik ausschließlich um hochqualifizierte VIP-MigrantInnen, die als Entwicklungshelfer der vergreisenden Nation eine Verjüngungskur und eine zukunftsfähige Ökonomie beschieren sollen.

Allerdings ist auch der viel gepriesene „Computer-Index“ in den Augen der deutschen Gesellschaft nur ein nützliches Arbeitswerkzeug, der am besten wieder gehen soll, nachdem er seine Schuldigkeit abgeleistet hat. Auf der anderen Seite wird die bestehende migrantische Unterschichtung staatlicherseits durch illegalisierte ArbeiterInnen in der total deregulierten Ökonomie forciert. Ihr ungeschützter Status, der frei von jeder sozialen und rechtlichen Sicherungsform ist, ermöglicht frühkapitalistische Ausbeutungsformen.

Was der handverlesene Edelmigrant mit der illegalisierten Sexarbeiterin teilt, ist eine Existenzberechtigung, die von ihrer jeweiligen Fähigkeit abhängt, die deutsche Gesellschaft zu bereichern und zu befriedigen.

Anmerkungen

¹ Ausführlich in Kien Nghi Ha (2003): Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik, in: Encarnación Gutiérrez Rodríguez/Hito Steyerl (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Postkoloniale Kritik und Migration. Münster: 56-107.

² Zu den *People of Color* zählen nicht nur außereuropäische, sondern alle marginalisierten MigrantInnengruppen.

³ Vgl. Kien Nghi Ha (2004): Ethnizität und Migration Reloaded. Kulturelle Identität, Differenz und Hybridität im postkolonialen Diskurs. Berlin.

⁴ Vgl. Klaus J. Bade (2000): Europa in Bewegung. München: 85-231.

⁵ Inzwischen hat sich die transkontinentale Süd-Nord-Passage auf dem Weltarbeitsmarkt als unkontrollierbare Antwort des Trikonts auf die neoliberale Globalisierung jedoch von ihren Anfängen verselbständigt.

⁶ Vgl. Klaus J. Bade (1993): „billig und willig – die ausländischen Wanderarbeiter im kaiserlichen Deutschland, in: ders. (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. München: 311-324.

⁷ Knuth Dohse (1983): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Berlin: 249 f.

⁸ Überblick bei Ulrich Herbert (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. München. Dieses Buch kann fast kostenlos bei der Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de bestellt werden.

⁹ Friedrich Heckmann (1981): Die Bundesrepublik – ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwanderungsminderheit. Stuttgart: 171 f.

Kien Nghi Ha
ist Politologin; arbeitet derzeit an einem neuen Buch mit dem Titel „Hype um Hybridität“ (März 2005 im transcript-Verlag).

Das Tabu, Israel zu kritisieren, oder Auschwitz und kein Ende

Das Thema Antisemitismus als Unterrichtsgegenstand im Hochschulbereich – ein Erfahrungsbericht¹

Leah Carola Czollek

Der Versuch, das Thema Antisemitismus im Unterricht einer Hochschule zu behandeln, gleicht mitunter jenem, ein „Minenfeld“ zu überwinden und unverletzt daraus hervorzugehen. Wenn ich hier über „Versuch“ spreche, so wähle ich diesen Begriff absichtlich, denn Lehre und Unterricht sollten kein Versuch sein, doch ein Unterricht zur Vermittlung der Bedingungen von Antisemitismus, seiner Geschichte und Gegenwart ruft augenblicklich Abwehr – fast reflexartig – hervor, das Ergebnis bleibt offen, ein Versuch.

Die drei Ebenen

Die ethischen Hintergründe betreffen die Beziehungsebene, auf der es zentral für mich ist, Respekt und Anerkennung zu vermitteln. Mein Ansatz geht hier zurück auf den ethischen Hintergrund des Dialoges, wie er sich in der jüdischen Tradition entwickelt hat². Dabei geht es um die wechselseitige Anerkennung des Anderen als Prozesse zwischen Menschen auf interaktiver Ebene, die von der Gleichheit und der Differenz von Menschen ausgehen. Anerkennung beschreibt in meinem Ansatz einen Kanon von Einstellungen und Fähigkeiten, mit denen Menschen sich begegnen können, ohne einander abzuwerten.

Dazu gehören das Zuhören-Können; die Fähigkeit, verschiedene Perspektiven einzunehmen; die Bereitschaft, eigene Einstellungen und Erfahrungen zu reflektieren. Dazu gehört auch, den je Anderen als von „mir“ getrennt Seiender wahrzunehmen und zu erkennen, unabhängig von „meinen“ eigenen Erfahrungen, Perspektiven oder Bewertungen. Anerkennung des je Anderen bedeutet, auf die Wahrheit zu verzichten, d. h. darauf zu verzichten, als Einzige/r Recht zu haben. Anerkennung, die weit über eine bloße Toleranz hinaus geht, bedeutet ferner, Menschen nicht zu bewerten und zu beurteilen.

Die Reflexionsebene meint, dass die Seminar-Teilnehmenden ihre eigenen Erfahrungen, Vorannahmen, Vorurteile, Gefühle usw. in Bezug auf das Thema Antisemitismus reflektieren sollen. Insgesamt geht es dabei darum, zu erkennen, dass eine Verbindung struktureller Mechanismen der Ausgrenzung auf verschiedenen Leveln wie Kultur, Bildung, Gesetze und dadurch erzeugte Bilder und Vorurteile besteht. Ich intendiere damit, das Problem von Antisemitismus und Vorurteilen von der individuellen, persönlichen Ebene rückzubinden an die gesellschaftliche.

Die Ebene der Fakten zu vermitteln, ist der unkomplizierteste Teil meiner Arbeit. Mit Hilfe mehrerer Folien, die ich gemeinsam mit einer Kollegin, Gudrun Perko, entwickelt habe, bespreche ich einmal die

Wenn ich das Thema Antisemitismus behandle, bin ich als Lehrende vor allem mit komplexen Abwehrmechanismen konfrontiert, deren direkte Auswirkungen sich zunächst gegen mich richten. Die Studierenden erleben ihre eigenen unangenehmen Gefühle als von mir verursacht, weshalb es auf der Beziehungsebene zwischen den Studierenden und mir immer wieder zu Konflikten kommt. Die mit dem Thema Antisemitismus verbundenen Affekte und Abwehrmechanismen gilt es zunächst transparent d. h. bewusst zu machen. Sie reichen von Angst, Aggression, Ausweichen, scheinbarem Interesse bis zum Sich-unsichtbar-Machen, Sich-schuldig-Fühlen oder Gar-nichts-Fühlen.

Mit dem Instrumentarium des *Social Justice* und *Diversity Training*, das davon ausgeht, dass Menschen privilegiert und nicht privilegiert zugleich sind, und in dem es wichtig ist, die Komplexität, die Institutionalisierung, die Internalisierung und die Geschichte von Strukturen gesellschaftlicher Unterdrückung und Diskriminierung zu analysieren, vermittele ich das Thema auf drei Ebenen:² auf der ethischen Ebene, der Reflexionsebene und der Ebene der Fakten.

Religionsentstehung und -entwicklung und zum anderen die Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus von der griechischen Antike bis heute. Gut nachvollziehbar kann hier erkannt werden, wie sich diese alte Form der Diskriminierung wie in einem Schnitt durch die Erde, in der die verschiedenen Ablagerungen der Zeit sichtbar werden, durch die Jahrtausende zieht. Die Seminar-Teilnehmenden können auf einer Metaebene die Zusammenhänge der Entstehung von Vorurteilen und Diskriminierung mit den Mechanismen anderer Vorurteils- und Diskriminierungsstrukturen reflektieren.

Fehlende Empathie, fehlendes Wissen

Bei der Vermittlung jener Ebenen wird immer wieder deutlich, dass bei den Seminar-Teilnehmenden zumeist keine Empathie mit den Opfern des Nationalsozialismus zu spüren ist. Es gibt in der Regel auch kaum Fragen oder Vorstellungen dahin gehend, was die Folgen von Antisemitismus und des Nationalsozialismus für Juden und Jüdinnen bedeuten, nicht für die Gesellschaft und nicht für die Studierenden selbst. Antisemitismus ist eher ein Phänomen, das nicht im unmittelbaren Erfahrungs- und Erlebenszusammenhang der meisten Studierenden stattfindet. Der Nationalsozialismus scheint ebenso wenig in einem gegenwärtigen Kontext zu stehen wie die Geschichte des christlichen Antijudaismus. Wenig wird über den Antisemitismus oder Antizionismus in den ehemaligen sozialistischen Staaten und seinen Folgen oder auch in gegenwärtigen islamistischen Haltungen und Politiken gewusst.

Vielfach wird die Beschäftigung mit Antisemitismus von Schuldgefühlen begleitet. Für den Umgang mit diesen steht keinerlei Handlungsinstrumentarium zur Verfügung, außer der Abwehr in ihren verschiedenen Formen. Juden und Jüdinnen sind die Fremden, die Anderen, die ein diffuses Gefühl auslösen. Generell habe ich in meinen Seminaren keine Unterschiede zwischen Menschen verschiedener Herkunft in Bezug auf Vorurteile und Stereotypen gegenüber Juden und Jüdinnen festgestellt. Es scheint, als lebten die Studierenden in einem gegenwärtigen gesellschaftlichen Raum, der keinen Bezug hat zu dem, was war. Es fehlt vielfach ein Wissen um die Komplexität und Prozesshaftigkeit von Antisemitismus und seiner Einbettung in die Politiken der jeweiligen Regierungen in Europa: sowohl während des Nationalsozialismus als auch in der Zeit danach bis heute.

Viele Diskussionen und Irritationen ergeben sich aus dem Diskurs über Rassismus.

Hier kommt es mitunter zu der Aussage, dass Juden und Jüdinnen ja auch „weiß“ seien, was in den Kontext von Kolonialismus gestellt wird. Ausgeblendet wird, dass *Staaten* kolonialisiert haben und nicht einzelne *Menschen*. Die Studierenden kämen – so ein Beispiel, um die Vorurteilhaftigkeit zu unterstreichen – sicher nicht auf die Idee, in Bezug auf Sexismus oder Homophobie relativierend auszusagen, dass Lesben oder Schwule andere Länder kolonialisiert haben. Zum anderen zeigt es, wie schwer es ist, Menschen als Menschen wahrzunehmen und nicht als Gruppen. Es gibt Juden und Jüdinnen, deren Hautfarbe nicht „weiß“ ist, es gibt Juden und Jüdinnen in Korea, China, Japan, die dort zu den einheimischen Menschen gehören und nicht eingewandert sind. Und wenn wir uns die Geschichte Europas ansehen, so hat ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung zur Zeit der Kolonialisierung in den Ghettos und Stetls vor allem Osteuropas gelebt, ausgegrenzt von der übrigen Bevölkerung.

Deutsch-Sein und „Mine“ Israel

In den Seminaren gilt es, jene Mythen zu zerstören, die in öffentlichen Debatten konstruiert und geglaubt werden. Umgekehrt finden sich in der Definition zu Deutsch-Sein ebenso undifferenzierte Annahmen. So gilt es immer wieder als politisch korrekt, wenn Teilnehmende in den Seminaren behaupten, alle deutschen Väter und Großväter der Anwesenden wären bei der Wehrmacht gewesen und/oder Nazis. Diese Aussage setzt eine Vorannahme voraus, dass es ein homogenes gleichgeschaltetes deutsches Volk gegeben hätte, was sicher verknüpft ist mit den allgemeinen Konstruktionen von Nation und Volk und den damit einhergehenden Werten, Haltungen, Denkweisen, Gefühlslagen usw. Mit solchen Aussagen werden nachträglich alle, deren Zugehörigkeit in Bezug auf Deutsch-Sein traditionell prekär war, weiterhin ausgegrenzt.

Eine *Mine*, die jedes Seminar zum Thema Antisemitismus hochexplosiv macht, ist das Thema Israel und der Nahostkonflikt. Es hat, so scheint es mir, einen Subtext. Vielen Seminarteilnehmenden ist gemeinsam, den Nahostkonflikt als eine Rechtfertigung für Gewalt gegen Juden und Jüdinnen zu sehen, eine Entlastung für die eigenen Vorurteile zu finden, eine Erlaubnis zum Festhalten an antisemitischen Einstellungen zu haben. Einmal habe ich auf Wunsch der Studierenden eine Veranstaltung zum Thema Israel und Nahostkonflikt organisiert. Schon während der Veranstaltung kam es zu

Konflikten, und in der Nachbesprechung mit den Studierenden wurde ich mit Vorwürfen konfrontiert, weil die Betrachtung des Konfliktes aus verschiedenen Perspektiven dem offensichtlichen Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Parteinahme für eine Seite der am Konflikt Beteiligten nicht entsprach. Die Studierenden hatten ganz vergessen, welche Aufgabe sie selbst an den Referierenden gestellt hatten: nämlich aus historischer Sicht die Entwicklung des Nahostkonfliktes darzustellen.

Kompetenz und „Minenfeld“

Anfangs habe ich meine Methoden verbessert, habe mir ein „Rüstzeug“ erworben, um in schwierigen Gruppensituationen nicht den Stand zu verlieren – ich habe eine Mediationsausbildung gemacht –, und immer mehr Wissen angesammelt. Irgendwann, so dachte ich, muss es doch klappen, mit Leichtigkeit durch das *Minenfeld* zu gelangen. Als würden die *Minen* mit zunehmender Kompetenz verschwinden. Doch sie verschwinden keineswegs. Im Gegenteil: Sie haben ein Wachstumspotenzial, das durch öffentliche Debatten und politische Ereignisse, Kriege und Terror genährt wird.

Durch die Ausbildung zur Mediatorin habe ich gelernt, mit Irritationen, Emotionen, Aggressionen und Positionen umzugehen und damit zu arbeiten. Ich denke darüber nach, worin die Metaebene für Ein- und Ausschlüsse besteht, was die gemeinsamen Merkmale dieser Mechanismen sind und wie diese Mechanismen auf die einzelnen Menschen wirken. Und welche Zumutungen sich daraus für den Einzelnen in Gesellschaften ergeben: z. B. die Zumutung, ohne Entscheidung, ohne Wahl in eine Gesellschaft qua Geburt gestellt zu werden, ihre Bedeutungen tradiert zu bekommen, sie zu internalisieren und damit konfrontiert zu werden.

Die Zumutungen, die sich für die einzelnen Menschen ergeben, sind Resultate eines Denkens, Schreibens, Sprechens und Handelns in Polaritäten. Das bedeutet eine stets aufs Neue konstruierte Welt des Guten und des Bösen, des Richtigen und Falschen. Es bedeutet, Wahrheiten zu postulieren, alte Formen des „Wir“ zu bestätigen und neue „Wir“ zu erschaffen. Es ist dies die Logik und die Sprache der Gewalt. Dieses Polarisieren bedeutet, in dem einen Fall, Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen, Vertreibungen, Genozide usw. zu verurteilen und im anderen Fall zu beschweigen oder zu berechtigen. Dieses Denken in Polaritäten bleibt totalitären und autoritären Strukturen verhaftet. Und weil

dieses Denken Schuldige und Unschuldige, Täter und Opfer erfordert, wird es auch immer Sieger und Verlierer geben. In diesem Kontext kann ein Seminar mit schwierigen Themen zum „Kriegsschauplatz“ werden, in denen die Studierenden Positionen vertreten und verteidigen, weil es unter Umständen um das Aufrechterhalten des eigenen Selbstbildes geht.

Ethnische Verortungen

Das Thema Antisemitismus ist ein schwieriges, weil es ohne den Bezug zu Auschwitz nicht gedacht werden kann. Die Seminar-Teilnehmenden bringen ihre eigenen ungelösten Konflikte mit, die ihnen meist nicht bewusst sind. Die Konflikte resultieren aus den familiären Geschichten, aber auch aus öffentlichen Umgängen und Debatten in Bezug auf den Nationalsozialismus und den Genozid am jüdischen Volk in Europa, aus den Diskussionen und Praxen zu Fragen der Entschädigung und aus den sich daraus ergebenden Subtexten (z. B. Entschädigung für Zwangsarbeiter bei unerschwerter gleichzeitiger Vermittlung, dass „die Juden“ immer wieder Geld wollen).

Die Konflikte resultieren auch daraus, dass die eine Opfergruppe scheinbar im Vordergrund der Verteilung von Anerkennung steht, wobei andere leer ausgehen. Insofern ist Auschwitz zu einem universellen Begriff geworden, und insofern muss Antisemitismus auf globalerer Ebene besprochen werden. Wenn der oder die Einzelne in den Fokus der Verantwortung gestellt wird qua seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, bedeutet dies im Fall der als Deutsche Identifizierten eine Kategorisierung, die aber in Bezug auf Juden und Jüdinnen und Menschen verschiedener ethnischer oder kultureller Herkunft aufgehoben werden soll. Neben dem Effekt, dass auch eine negativ besetzte Verortung gegenüber einem Volk oder einer Gruppe eben dennoch eine Exklusivität produziert und das Besondere das Besondere bleibt, auch wenn es im Negativen festgelegt wird, befinden sich alle in einem Ambivalenzdilemma, dass auf diesem Level der persönlichen Verortung aus Herkunft nicht aufgelöst werden kann. Begrüßenswert wäre es, wenn Menschen sich nicht auf ethnische Herkunft beziehen müssen und sich nicht darauf beziehen. Ein solches Festgezurrtsein in Herkunft bedeutet ungewollt auch die Tradierung von Ausschlüssen und Einschlüssen, der symbolischen Ordnung und der Zeichen und verengt den Blickwinkel und die Handlungsspielräume. Immer sind auch Studierende

ein Medium der Gesellschaft und bringen gesellschaftlich relevante und verankerte Themen in den Unterricht.

Funktionen des Antisemitismus

Übertragungen spielen im Unterricht immer eine Rolle. Beim Thema Antisemitismus ist es besonders wichtig, eine ausgewogene professionelle Distanz zu wahren. Auch diese wurde schon zum Problem, weil Teilnehmende unausgesprochen erwarteten, dass ich persönlich mit meiner Biografie sichtbar werde. Zudem sind Seminar-Teilnehmende auch wegen meines Namens verunsichert, was wiederum Quelle von Konflikten sein kann, insofern mir eine als Zumutung erlebte moralische Instanz zugewiesen wird.

Insgesamt erscheint es mir als wenig sinnvoll, lediglich am Symptom *Antisemitismus* zu arbeiten, weil Antisemitismus zu

dieser Gesellschaft gehört und insofern ein Bedürfnis erfüllt: eventuell, sich die Welt im Gut-Böse-Schema zu erklären, schnelle einfache Erklärungen wie z. B. im Nahostkonflikt zur Hand zu haben, sich auf der moralisch „richtigen“ Seite zu wähnen, „Wir“-Gruppen aufrechtzuerhalten, Gewalt zu rechtfertigen und in eingefahrenen Denkschemata zu verharren. Gerade deshalb beziehe ich Methoden von *Social Justice* und *Diversity Training* im Unterricht mit ein, insofern damit Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung strukturell erkannt werden können und so vom Individuum distanzierter werden.

Die Verknüpfung der Vermittlung der genannten Ebenen mit dieser Methode (zusammen mit der Mediation) sind für mich ein sinnvolles Tool, um den Herausforderungen durch dieses schwierige Thema erfolgreich zu begegnen.

Anmerkungen:

¹ Diese Überlegungen sind ein Auszug aus einer längeren Reflexion über meine Arbeit zur Thematisierung von Antisemitismus. Hier werden ausschließlich die prekären Erfahrungen hervorgehoben. Zweifelsohne erfahre ich auch immer wieder andere Umgänge von Studierenden.

² Zur weiteren Information vgl. Leah Carola Czollek und Heike Weinbach (2002): *Gender und Gerechtigkeits-Trainings: Machtverhältnisse begreifen und verändern*, in: Barbara Nohr/Silke Veth (Hg.): *Gender Mainstreaming. Kritische Reflexionen einer neuen Strategie*. Berlin.

³ Vgl. Leah Carola Czollek (2003): *Am Anfang war das Wort. Aspekte jüdischen Dialoges und die Vielstimmigkeit von Multikulturalismus*, in: Leah Carola Czollek/Gudrun Perko: *Verständigung in finsternen Zeiten. Interkulturelle Dialoge statt „Clash of Civilizations“*. Köln: 44-64.

Leah Carola Czollek
ist freie Wissenschaftlerin, Mediatorin
und Lehrbeauftragte in Berlin.



Zeichnung: Andreas Ohrenschildt

Innerbetriebliche Antidiskriminierungspolitik in Europa

Beispiel Belgien: „Positive Action“ in Flandern

Belgien stellt ein interessantes, wenn auch komplexes Beispiel für die Entwicklung von Antidiskriminierungspolitiken in Bezug auf MigrantInnen am Arbeitsmarkt dar. Seit 2003 hat Belgien auch eines der weitgehendsten Antidiskriminierungsgesetze in der EU umgesetzt. Dieser Artikel gibt einen Einblick in die belgische Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik und zeigt einige beispielhafte Maßnahmen in Betrieben, die wir im Rahmen des EQUAL-Projektes „Gleiche Chancen im Betrieb“ besucht haben.

Die Immigrationsgeschichte in Belgien, vor allem in den industriellen Zentren Walloniens, war durch die Anwerbe-Arbeitsmigration aus südeuropäischen Ländern (Italien, Spanien etc.), später auch aus Marokko und der Türkei geprägt. In Flandern erfolgte die Zuwanderung erst später und in geringerem Ausmaß: Der Anteil der AusländerInnen ist bis heute weit geringer (5%) als in Wallonien (10%). Am höchsten ist er in Brüssel (28,5%). EU-BürgerInnen bilden die größte Gruppe, bei den Nicht-EU-MigrantInnen sind MarokkanerInnen und TürkinInnen die größten Gruppen, wobei letztere zu den am meisten von Diskriminierung Betroffenen gehören (Zegers de Beijl/ILO 2000).

Entwicklung einer AD-Politik

Der Rassismus auf politischer Ebene durch den Aufschwung des rechtsextremistischen *Vlaams Blok* in Flandern Ende der 1980er-Jahre und die Revolten jugendlicher ImmigrantInnen gegen polizeiliche Diskriminierung gaben in den 1990er-Jahren Anlass für die Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsgesetzgebung und -Politik. Ein Meilenstein war die Etablierung des „Zentrums für Chancengleichheit und Kampf gegen Rassismus“ (CECLR), einer unabhängigen, staatlich finanzierten Stelle zur Bekämpfung von rassistischer Diskriminierung, die Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Rechtsvertretung durchführt.¹ 1994 wurde die Antidiskriminierungsgesetzgebung im

Beschäftigungsbereich erweitert und im Februar 2003 ein umfassendes gesamtstaatliches Antidiskriminierungsgesetz umgesetzt, das als eines der ambitioniertesten Gesetze in der EU gilt und sowohl in Bezug auf die Diskriminierungsgründe als auch auf den Geltungsbereich weit über die EU-Richtlinien hinaus geht: Mit der Beweislastumkehr zugunsten der Diskriminierungsopfer, der Verbandsklage vor Zivilgerichten, der Verhängung von Bußgeldern bei weiterer Aufrechterhaltung einer Diskriminierung und Befugnissen der Arbeitsinspektorate zur Überprüfung von Diskriminierung in Betrieben wurden effektive Durchsetzungsinstrumente geschaffen. Dem CECLR kommt die Schlüsselrolle als zentrale Stelle gegen alle Formen der Diskriminierung, nicht allein der rassistischen, zu.

Die Diskriminierungsbekämpfung am Arbeitsmarkt wurde auf gesamtstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene, vom CECLR (mit seinen 18 lokalen Stellen), den regionalen Regierungen, den Sozialpartnervereinigungen, öffentlichen Arbeitsvermittlungen und den regionalen Integrationszentren mitgestaltet. So war das CECLR beispielsweise maßgeblich an der Einrichtung der „Cellule entreprise multiculturelle“ beteiligt, die sich vor allem der Informations- und Sensibilisierungsarbeit bei Sozialpartnern (Paritätischen Kommissionen) und Unternehmen widmet, u. a. um Muster-Kollektivvereinbarungen (*Codes*) zu Nichtdiskriminierung für einzelne Beschäftigungssektoren zu erreichen.

In den Regionen wurden bisher unterschiedliche Politiken bezüglich Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung umgesetzt. Grund dafür war Belgiens föderale Struktur (drei regionale Regierungen) und die regionalen Kompetenzen in Bezug auf Integrationsangelegenheiten und Arbeitsmarktpolitik. Dies steht auch im Kontext der migrations- und integrationspolitischen Traditionen in den Sprachgemeinschaften Wallonien und Flandern: Während sich Flandern an der angelsächsischen und niederländischen Politik des Multikulturalismus und der Anerkennung kultureller Diversität orientierte, richtet sich der frankophone Teil (Wallonien) stärker am französischen republikanischen Modell der Integration von MigrantInnen aus.

Flämische Politik

Vor allem in Flandern wurde seit den 1990er-Jahren eine gezielte Förderpolitik (positive Maßnahmen) für ImmigrantInnen mit dem Ziel der proportionalen Beschäftigung (d. h. der Erhöhung der Beschäftigung von ImmigrantInnen auf allen Job-Ebenen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils von 5%) eingeführt. Diese Politik wurde 1998 mit dem VESOC-Abkommen² zwischen flämischer Regierung und Sozialpartnern begonnen und ab 2002 auch auf rechtlicher Ebene verankert. Das wichtigste Instrument dieser „Employment Equity und Diversity“-Politik sind die „positiven Aktionspläne“.

Die flämische Regierung subventioniert jährliche Aktionspläne von Unternehmen mit einer einmaligen Summe von ca. 10.000 € und stellt lokale Projektentwickler (STCs – *Sub regional employment committees*), die vor Ort die Firmen betreuen und bei der Umsetzung der Pläne helfen. Aus der Sicht des STC-Koordinators im Flämischen Ministerium macht gerade dieses dichte Netz an Einrichtungen den Erfolg der Aktionspläne aus. Bisher wurden insgesamt an die 850 solcher Pläne in Unternehmen (seit 2003 auch in öffentlichen) umgesetzt – allein 2003 waren es 310 neue Aktionspläne. Da sich die Förderstrategie primär darauf richtet, ImmigrantInnen in Beschäftigungsbereiche zu bringen, die bis dahin kaum ImmigrantInnen aufnahmen, liegt das Schwergewicht der umgesetzten Aktionspläne auf Schulungen zu interkultureller Teamarbeit, Konfliktmanagement, Information über die „Kultur der Anderen“ und auf Integrationsmaßnahmen (Sprachkurse u. a.).³

Zwei Beispiele von Unternehmen, die solche Maßnahmenpläne umgesetzt haben, werden nun kurz dargestellt.

NV Colruyt – Bildung und Integration

NV Colruyt ist der größte Supermarktdiscounter mit 159 Filialen in Belgien. Er beschäftigt 1786 ArbeiterInnen und 4262 Angestellte aus insgesamt 34 Nationen. 9% der ArbeiterInnen und 4% der Angestellten sind MigrantInnen, davon der Großteil ItalienerInnen, MarokkanerInnen und Kongole-sInnen, wobei ihr Anteil stetig steigt. Laut Personalchef sind heute fast die Hälfte der Jobsuchenden bei Colruyt Nicht-EU-BürgerInnen, darunter viele AfrikanerInnen: So arbeite fast die Hälfte der EinwohnerInnen des *Matonge* (das kongolesische Viertel in Brüssel) bei Colruyt. Die Firma möchte gerade Job suchenden MigrantInnen vermitteln, dass sie willkommen sind. In Brüssel funktioniert das bereits sehr gut. Um dies

auch in Antwerpen zu bewerkstelligen, führte Colruyt eine Aktion in Zusammenarbeit mit der *Fédération des Marocains* und der *Fédération des Turcs* durch, wobei die Firma ihre Personalpolitik bei der Moschee nach dem Freitagsgebet präsentierte.

Der Konzern ist bekannt für seine engagierte Personalpolitik, welche auf drei Säulen basiert: einer Politik der Nicht-Diskriminierung⁴, der Einstellungspolitik „offen für alle“ sowie einer permanenten Investition in Bildung und Training⁵. Zur Untermauerung seiner Politik der Nicht-Diskriminierung unterzeichnete Colruyt die Charta „Unternehmen gegen Rassismus“⁶ sowie die Charta „Unternehmen für Diversität“⁷.

In Bezug auf die Rekrutierung und Auswahl von MitarbeiterInnen hieß es bereits 1992 in einem Statement des Colruyt-Generaldirektors: „(...) I can in no case accept that individuals in any group have the opportunity to express racial discrimination for the benefit of white people or Belgian people, and that this opinion would even have an influence on whether or not an immigrant is employed (...)“ (Colruyt: „Diversity in Practice“).

Colruyts Fokus liegt bei der *Integration* von neuen MitarbeiterInnen in den Betrieb. Neuankömmlingen wird in den ersten beiden Wochen ein Coach zur Seite gestellt, welcher begleitet, assistiert und in die technischen Aspekte des Jobs einführt. Für Nicht-Flämischsprachige werden Flämischkurse angeboten. Von den Sprachkursen profitieren aber nicht nur sogenannte „Ausländer“: auch Wallonen bekommen Flämischkurse, und es werden Sprachkurse in Französisch angeboten.

Wesentlicher Bestandteil von Colruyts „Diversity in Practice“-Politik sind Trainings, welche die Kooperation zwischen *Allochtonen* und *Autochtonen*⁸ fördern sollen. So wurde eine Reihe von Workshops über „interkulturelle Unterschiede“ für FilialleiterInnen durchgeführt; die AbteilungsleiterInnen in den Warenhäusern und FilialleiterInnen bekamen Trainings zu „managing diversity“. Die Personalabteilung durchlief spezielle Kurse, um faire Auswahl- und Einstellungsverfahren zu garantieren.

Ein besonderes Projekt gab es in einer Filiale in Schaarbeek, einem Bezirk in Brüssel mit sehr hohem MigrantInnenanteil. Die KundInnen der Filiale sind hauptsächlich MigrantInnen, und auch das Personal in der Filiale repräsentiert acht verschiedene Nationalitäten. Zur Konfliktvermeidung zwischen KundInnen und Personal wurde ein zweitägiges „interkulturelles Kommunikationstraining“ durchgeführt. Rassistische Vorfälle werden nicht tabuisiert: Nach einem

konkreten Vorfall wurde offen darüber gesprochen und eine „Zero Tolerance“-Politik eingeführt.

Antirassismus im Familienbetrieb

Deroose Plants, ein seit 34 Jahren bestehender flämischer Familienbetrieb im Gartenbausektor, entschloss sich im November 2001 zu einem Aktionsplan gegen Rassismus. Grund dafür war, nach Angaben der Personalchefin, dass einige der belgischen ArbeiterInnen die Anwesenheit von MigrantInnen nicht akzeptierten. Zudem kam es bei einem belgischen Vorgesetzten zu deutlichen rassistischen Äußerungen. *Deroose Plants* hat etwa 200 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen (188) und einen kleineren Anteil von MigrantInnen (27). Aufgrund der Vorbehalte gegenüber nicht-belgischen ArbeitnehmerInnen wurden Antidiskriminierungstrainings für die MitarbeiterInnen, aber speziell für Vorgesetzte, gemeinsam mit den Sozialpartnern im Gartenbausektor organisiert und finanziert.

Das Bekenntnis zu Nicht-Diskriminierung im Betrieb ist auch in einer „Antirassismus-Klausel“ in der Betriebsvereinbarung niedergeschrieben: Verboten sind jede Form des verbalen Rassismus, das Verbreiten von rassistischen Schriften oder Flugzetteln, jede Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, des Alters und der Nationalität, der religiösen Überzeugung sowie einer sozialen oder körperlichen Behinderung.

Schluss

Während in anderen Ländern Europas mit einer längeren Tradition von Rassismusbekämpfung, wie etwa in Großbritannien, in Betrieben teilweise schon sehr ausgefeilte und in die gesamte Organisationsstruktur eingebettete Diversity-Management-Strategien entwickelt worden sind, reagieren flämische Betriebe bisher vorwiegend mit Einzelmaßnahmen auf Ebene der Personalpolitik und des interkulturellen Konfliktmanagements gegen Diskriminierung bzw. rassistisches Verhalten. Die Antidiskriminierungsprogramme antworten damit darauf, dass MigrantInnen als Arbeitskräfte zunehmend gefragt sind, jedoch viele Betriebe in Flandern noch stark mit Ressentiments ihrer mehrheitlichen belgischen Belegschaft gegenüber MigrantInnen zu kämpfen haben.

Die flämische Initiative ist bemerkenswert, weil sie zum einen das Thema Rassismus in den Betrieben als Problem erkannt hat. Zum Anderen kann sie als besonders interessantes Beispiel im EU-Raum angesehen

werden, weil sie mit ihrem Programm die Betriebe dazu motiviert, ganz spezielle, auf den jeweiligen Betrieb abgestimmte Aktionspläne auszuarbeiten, und ihnen viele Experimentiermöglichkeiten einräumt.



Anmerkungen:

- ¹ <http://www.antiracisme.be/fr/ceclr/intro.htm>.
- ² Vlaams Economisch Sociaal Overlegcomité.
- ³ Interview im Ministerium für die flämische Gemeinschaft. Abteilung Migration und Arbeitsmarktpolitik, 17. 11. 2003.
- ⁴ Siehe Colruyt: „Bilan Social Interne“ 2002/2003: 24.
- ⁵ Im Jahr 2003 investierte Colruyt ca. 20 Millionen € in Weiterbildung seines Personals.
- ⁶ Charta der Flämischen Arbeitgeber-Union.
- ⁷ Charta der Union Christlicher Arbeitgeber.
- ⁸ Im offiziellen Diskurs in Flandern werden Personen mit Migrationshintergrund nicht als ethnische Minderheiten, sondern als „Allochtonen“ (im Gegensatz zu den „autochthonen“ Belgiern) bezeichnet, in Wallonien als „immigrés“ (Martiniello/Rea 2003).

Quellen:

- Interview mit NV Colruyt (Personalchef und Öffentlichkeitsarbeit) vom 20. November 2003 in Halle, Belgien
 NV Colruyt: „Bilan Social Interne“ 2002/2003 M. Martiniello/A. Rea (ed.) (2003): Affirmative Action. Des discours, des politiques et des pratiques en débat
 R. Zegers de Beijl (2000): Documenting discrimination against migrant workers in the labour market. A comparative study of four European countries. ILO, Genf.
 Interview im Ministerium für die flämische Gemeinschaft. Abteilung Migration und Arbeitsmarktpolitik, 17.11.2003

Karin Sohler und Helene Trauner, MitarbeiterInnen des EQUAL-Projektes „Gleiche Chancen im Betrieb“ am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien.

Roma: heimliche EU-BürgerInnen

Schon gehört vom elften Neuling in der EU? Keine Angst, von der Türkei ist nicht die Rede. Eine acht Millionen starke Minderheit hat am ersten Mai, unbemerkt von der feiernden Öffentlichkeit, ebenfalls den Schritt in die EU gewagt. Allerdings unter gänzlich anderen Umständen als ihre zehn Kollegen. Sozusagen als deren Anhängsel.

Roma leben in einer anderen Welt. Einer Welt, die sich von der der jeweiligen Mehrheit drastisch unterscheidet. Sie sind die Bevölkerungsgruppe, die in jedem Land am meisten von Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenraten von 80% sind die Regel!) betroffen ist. Diskriminierungen bei der Jobsuche und im täglichen Leben, Isolation ihres Lebensraums und Marginalisierung kennzeichnen ihre alltäglichen Erfahrungen.

Arme Leute gibt es überall. Wenn man aber die Armut allein als Problem der Roma „diagnostiziert“, wird man dieses Problem nicht verstehen können. Denn hinter diesem Symptom liegt die eigentliche Ursache der Situation der Roma: „Antiziganismus“. So bezeichnet es Rudko Kawzynski (*Roma National Congress*), was meint er damit?

Roma sehen sich einem Jahrhunderte lang gewachsenen Vorurteilsmechanismus gegenüber. „Wenn du nicht brav bist, dann holen dich die Zigeuner!“, bringt die verwegenen Kinder augenblicklich zum Schweigen. Roma wurden seit jeher als Gefahr, als das gänzlich Andere, gesehen. Sie sind kein Volk, das ein Recht auf kulturelle Eigenheiten hat, das allmählich seinen Platz in der Mehrheitsgesellschaft finden darf. Nein, Roma sind nichts als Bettler, Diebe, Schmarotzer und Asoziale.

Der jahrhundertelange Ausschluss der Roma aus den Köpfen und erlaubten Erlebniswelten der Mehrheit führte schließlich dazu, dass Roma dort landeten, wo sie von Anfang an hingewünscht wurden: am Rande der Gesellschaft.

Roma sind ein Problem

Und jetzt hat man seine liebe Not mit den Ärmsten der Armen, den Problemzonen in den aufstrebenden neuen EU-Staaten. Vorurteile haben sich in den Köpfen der Menschen festgefressen und werden heute von der selbst geschaffenen Realität immer wieder bestätigt.

Roma sind ein sicherheitspolitisches Problem. Dies zeigt sich z. B. in der Slowakei, wo Sozialhilfe für Roma durch die Polizei verteilt wird. Die Ursache von sicherheitspolitischen Problemen kommt von außen, Lösungen zielen also darauf ab, diese Probleme wieder „hinaus“ zu bekommen.

Anstatt Roma als sozial und ökonomisch diskriminierte Gruppe wahrzunehmen, wird um sie herum ein Problem konstruiert, das seine Ursache im eigentlichen Roma-Sein findet. Roma selbst sind das Problem, meint der alte Antiziganist in unseren Köpfen und bestimmt die Politik der europäischen Staaten.

Solche Denkweisen spricht man heutzutage nicht mehr aus, der politischen Korrektheit sei Dank. Ihre Präsenz muss somit erst entlarvt werden, zwischen den geschönten Zeilen, in den Maßnahmen, die gesetzt werden oder eben nicht. Die EU beherrscht dieses Spiel von Sein und Schein sehr gut. Es wird auch mit dem „Roma-Problem“ gespielt, schließlich ist das längst zu einem europäischen Anliegen geworden, wenn es auch auf wenig Interesse stößt.

Aus diesem Grund steckt man Geld in die Problemgruppe Roma, fördert Projekte und produziert Tonnen an wunderschönen Hochglanzbroschüren. Nur komisch, dass Roma noch immer nicht von dem in sie gesteckten Geld profitieren. Und genau das ist das Problem: Geld wird in Roma „gesteckt“, anstatt es ihnen zu geben und sie darüber bestimmen zu lassen. Der Fall der Roma wird an den polierten Tischen der Helferindustrie und „ZigeunerexpertInnen“ verhandelt und nicht in den Siedlungen der Roma.

Was brauchen Roma wirklich, was wollen sie, was fordern sie? Diese Frage interessiert niemanden. Auch wenn es genügend NGOs von Roma gäbe, die darum kämpfen, endlich auch mitreden, aufmerksam machen zu können. Aber auch auf europäischer Ebene zerbricht man sich den Kopf über Roma hauptsächlich dann, wenn es um erhöhte Einwanderungszahlen geht. Panikmache beherrscht die Berichterstattung rund um Roma. Man ist nicht daran interessiert, die Situation der Roma wirklich zu verstehen. Sie als eigene kulturelle Gruppe zu akzeptieren und ihren Anliegen damit auch Respekt zu zollen, liegt außerhalb des unmittelbaren Interesses der EU. Was fehlt, ist eine mächtige Lobby, ein politisches Druckmittel, um eigene Anliegen durchzusetzen.

Eine (utopische?) Lösung

„Roma sind doch die einzigen echten EU-BürgerInnen!“, meint Rainer Klien (BM für Wirtschaft und Arbeit). Ein mobiles Volk, das in jedem Land Europas ein Zuhause findet, wenn man es lässt. Sind Roma nur eine der vielen Minderheiten Europas, oder doch ein bisschen mehr?

Roma sprengen unsere bisherigen Verständniswelten. Sie sind eine „Nation ohne

Territorium“ (und auch ohne Ambitionen darauf), eigentlich undenkbar, aber doch Wirklichkeit. Mobilität steht im Mittelpunkt der Kultur dieses Volkes. Diese Eigenschaft hat sie in den fest abgesteckten Territorien in und um Europa bisher immer in Schwierigkeiten gebracht. Grenzen der EU nach außen und innen dürfen dieses Volk nicht länger zerreißen. Die Anerkennung eines Extra-Status für Roma in Form einer

EU-Staatsbürgerschaft für dieses Volk (und nicht nur für slowakische, österreichische etc. Roma) ist nötig. Der alleinige Abbau von Diskriminierungen gegenüber Roma reicht nicht, um aus diesem Volk echte und gleichberechtigte EU-BürgerInnen zu machen. Er kann nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Ein besonderer Status aber erlaubt auch ein Anders-Sein, eine besondere Lebensweise.

Vielleicht sollte man Veränderungen einmal in umgekehrter Richtung angehen: Zuerst die Strukturen verändern, die Köpfe der Menschen werden schon nachkommen.

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“-Sendung vom 18. Mai 2004, gestaltet von Christina Hollomey.

Christina Hollomey,
Radiomacherin bei der „Radio Stimme“.

„Radio Stimme“ führte mit Karl-Markus Gauß nach einer Lesung am 31. März 2004 in den Räumlichkeiten des Zsolnay Verlages ein Gespräch über sein letztes Buch „Die Hundesser von Svinia“. Das Gespräch wurde am 6. April 2004 auf Radio Orange 94.0 ausgestrahlt. Wir bringen hier das Interview in Auszügen.

Radio Stimme: Sie haben zuvor bei der Lesung die Gastfreundschaft der Roma erwähnt. (...)

Karl-Markus Gauß: Es ist so: Wenn man in ein Roma-Slum hineingeht – das muss man sich vorstellen; das sind Dörfer mit 300 bis 700 Einwohnern vielleicht –, dann hat man zunächst als westlich geformter Mensch das Gefühl: Oje, das ist ein gefährliches Gebiet, womöglich sind die nicht freundlich oder sogar feindselig. In Wahrheit ist es so, sie schauen zunächst einmal etwas skeptisch, wer kommt da daher. Und wenn man sich fünf Minuten dort aufgehalten hat, ist man Teil dieser Gemeinschaft. Wirklich, es kommt aus jedem Haus jemand (...), stellt sich vor, sagt: Ich heiße Titus Horvath, bin 34 Jahre alt und habe sieben Kinder. Das ist so die Standardvorstellung. Dann wird man pausenlos eingeladen in die Häuser hinein, von denen das Interessante das ist, dass der öffentliche Raum, also zwischen den Häusern der Siedlung, im Morast und in Dreck und in Müll versinkt. Das ist sagenhaft. Das kann man also nur mit Filmen aus der Dritten Welt vergleichen, von Slums und Kindern, die da auf Müllhalden hausen. (...) Und es ist für mich ein Wunder, wie die Mütter vor allem, die da aufbauende und wichtige Funktion haben, viel wichtiger als die Männer, wie die das zum Beispiel zu Wege bringen. Dort wieseln, die Roma-Community ist ja eine sehr junge, in Svinia leben zum Beispiel 700 Leute, davon sind zwei über 60. Das heißt, das Durchschnittsalter ist sehr gering und über 450 Kinder unter

18 Jahren. Und die wieseln da herum im Gatsch und Dreck, und wie bei uns die Kinder auch, laufen's die ganze Zeit zur Mutti rein, wenn irgendwas geschehen ist. (...) Und die Gastfreundschaft ist so auch, dass du zum Beispiel von dort kaum weggehen kannst, ohne dass du beschenkt wirst. Natürlich mit extrem kleinen Geschenken, also zum Beispiel einen zerbrochenen Kamm, der mir mitgegeben wird (...). Oder, was ich erwähnen muss, zum Beispiel in Svinia gibt es eine Musikkapelle, die ja wunderbare Romamusik spielt. Die haben in irgendeinem städtischen Studio eine Kassette aufgenommen, und die zählt – ich habe eine große Sammlung von Romamusik zu Hause schon – zu meinen Prachtstücken. Und das war völlig unmöglich, denen das zu bezahlen. Das war, das ist wie eine Beleidigung gewesen, weil, in dem Augenblick, wo man in den Slum drinnen ist, ist man der Gast.

Wie beurteilen Sie die Politik der Europäischen Union? Wie sehen Sie diese gegenüber den Roma oder allgemein den Minderheiten?

Die Rolle der EU ist eine prekäre und doppelte. Also ich würde nicht sagen, dass sie nur alles falsch machen, weil ich in meinen Reisen, den vorherigen, schon festgestellt habe, dass innerhalb der EU auch gute Projekte finanziert werden. (...) Das heißt, es gibt also auch in der EU schon Leute, die wissen, dass regionale Kulturen und kleine marginalisierte Gruppen auch beachtet werden müssen. Da fließen auch Gelder hin. Dies ist aber, wie gesagt, nur die eine Seite. Die andere Seite ist die, dass die EU eine knallharte neoliberalistische Kur allen osteuropäischen Beitrittsländern verordnet hat. Und es heißt, dass die eigentlich sofort abbauen mussten, (...) diese Politik schädigt genau diese marginalisierten Gruppen wieder als Allererste. (...)

Würden Sie uns etwas über Ihre Arbeitsweise erzählen?

Ich recherchiere ziemlich viel, bevor ich auf Reisen gehe. Das heißt, ich weiß relativ viel und habe auch schon Kontakte zu verschiedenen Organisationen oder Privatpersonen geknüpft. Dann sind zwei Eigenschaften absolut vonnöten. Das eine ist die Geduld (...). Also ich bleibe immer der Reisende aus der Ersten Welt, und sie bleiben immer die Roma, die dort sind. Wir vereinigen uns dort zu Freundschaft und zu Gastfreundschaft und zu gemeinsamer Unterhaltung, aber ich bin immer derjenige, der mit Pass und Kreditkarte und allen möglichen Hilfsmitteln auch eines Tages wieder sagen kann: So jetzt wird's mir zu viel, jetzt reicht's mir, jetzt fahr' ich heim. Während die halt bleiben müssen.

¹ Karl-Markus Gauß: Die Hundesser von Svinia. Zsolnay Verlag: Wien 2004; 120 Seiten, € 15,40.

Michaela Mayrhofer,
Mitarbeiterin bei „Radio Stimme“.



Karl-Markus Gauß
*Die Hundesser
von Svinia*

ZSOLNAY



Foto: Mehmet Emir

Die Roma – zahlenmäßig so groß wie Österreich – sind seit der EU-Erweiterung die größte Minderheit in Europa. Rechtlich gleichgestellt, mit allen Privilegien der EU-BürgerInnen ausgestattet, alle Freiheiten (wenn auch erst in ein paar Jahren) genießend. Klingt doch alles total super. Wenn da nicht die kleine Spielverderberin namens Wirklichkeit wäre. Die unterscheidet sich für Roma nach wie vor von jener anderer EU-BürgerInnen.

Roma haben ein Problem

Die meisten der rund acht Millionen Roma leben in einem der neu beigetretenen Länder, wie der Slowakei oder Ungarn. Sie sind ein Volk, das man überall leicht erkennen und auch benennen kann. Armut hat in einigen der neuen Mitgliedstaaten einen Namen. Und Armut macht fremd. Diese Fremdheit führt zur Abgrenzung und die wiederum zu der sozialen Situation, in der sich Roma heute befinden.

Graf, 7. Juni 2004
An Elisabeth Gratzler,
Deutsch-Lehrerin am Österr. St. Georgskolleg

Liebe Elisabeth,

dieser Brief fällt mir schwer, aber ich habe Dir mein herzliches Beileid bereits ausgedrückt und möchte mich jetzt unseres Roberts (Robert Gratzler, Gatte von Elisabeth, Schriftsteller, am 6. Mai im 56. Lebensjahr in Istanbul gestorben) erinnern: Weißt Du, dass Dein Mann *agbi* (= großer Bruder) zu mir gesagt hat? Das war mir eine große Ehre. Auch nach meiner Rückkehr nach Österreich waren wir über Internet in Kontakt, es müssen über 100 Mails gewesen sein, die wir gewechselt haben. Dabei waren wir ja gar nicht so immer einer Meinung, aber das war ja auch das Spannende unserer Freundschaft. Gerade vor kurzem fand ich seine handschriftliche Darstellung zur Frage der Kärntner Slowenen! Auch sein Roman *Lorbeerreiser* kam mir jetzt wieder in die Hand.

Als alter Fuchs in Verlagsangelegenheiten konnte ich mit seinem Rat beim Beginn meines Verlags EYE rechnen, und das erste Buch trägt seine „Handschrift“, aus Begeisterung für die Lyrik von Armin Eidherr hat Robert den Sonettenkranz und die anderen Gedichte für *Jüngste Tage* in den Computer getippt. Armin war durch die Nachricht von Roberts Tod tief erschüttert, mein einziger Fan ist gegangen, meinte er. Bei der *Türkischen Allgemeinen* hatten wir einst auch miteinander zu tun gehabt, Robert nahm einige Artikel von mir auf; damals hatte die (einzige deutsche) Zeitung noch ein Gesicht. Und was haben wir nicht für schöne Stunden, auch dank Deiner, miteinander erlebt! Seine blendenden, scharfen Satiren über den Tourismus in Kärnten hatten wir einmal bei EYE geplant, vielleicht wird noch etwas daraus. In seinem Porträt hat er das Blau des Himmels in den Augen und den Blick dorthin gewandt, er scheint fröhlich zu pfeifen. Gut liegt er und schön unter so einem Himmel auf unserer Insel Burgaz: Die Erde sei ihm leicht!

Jetzt muss ich Dir berichten, wie es mir mit meinem Deutsch-Integrationskurs gegangen ist. Ich hatte Dich ja einmal um Material und einige Tipps gebeten. Es war

ein internationales „Publikum“, von „Kuba bis China“, aber auch einige aus dem alten Jugoslawien und sieben Frauen aus der Türkei; da glaubte ich besonders erfolgreich sein zu können. Aber gerade hier scheiterte ich dermaßen gründlich, obwohl ich fast alles auch auf türkisch sagte und bei der Korrektur sogar im Knien, um nicht aus allzu großer Höhe herunterzudozieren, von Tisch zu Tisch gerobbt bin, war das Ergebnis enttäuschend. Ich hatte sogar wieder Schulalpträume: Bei einer Lateinschularbeit hatte ich kein Wort schreiben können, weil ich überhaupt nichts verstanden hatte! Was war der Grund dieses Versagens, obwohl ich mir alle Mühe machte und auch die meisten meiner SchülerInnen, vorwiegend Frauen, einige davon schon Jahre in Österreich? Wir hatten ein denkbar ungeeignetes Lehrbuch (*Moment mal!*) besonders für die aus eher dörflicher Gegend stammenden Türkinnen. Die erste Übung begann so: Jenny wohnt in Haarbach: Sie spricht Deutsch und sagt „Guten Morgen!“ Und das für Anfänger! Natürlich waren nicht alle AnfängerInnen, aber ich musste mich mit ihnen befassen und vernachlässigte, langweilte notgedrungen die Fortgeschritteneren. Ich ging dann bald auf die Bildersprache über und verwendete Vokabel-Bild-Arbeitsblätter, wo Wörter den Bildern zuzuordnen waren zu Themen wie Wohnung, Arzt, Bahnhof, Post ... also alltägliche Notwendigkeiten.

Manchmal hatten unsere jungen Mütter auch Kinder mit, das war dann sehr lieb, wie es ja überhaupt nett war, aber mein Einsatz großteils vergeblich. Ich glaube, dass es damit zu tun hat, dass einige in der eigenen Sprache zu wenig von der Struktur mitbekommen haben. Die Schulpflicht in der Türkei wurde erst vor einiger Zeit von fünf auf acht Jahre angehoben; es hat aber auch damit zu tun, dass vor kurzem noch Kurden in der Türkei ihre Sprache nicht unterrichtet bekamen und der Gebrauch auch nicht gern gesehen wurde, und einige meiner „Patientinnen“ waren Kurdinnen. In der 85. Stunde

konnte mir eine meiner Schülerinnen noch immer nicht sagen, wie spät es ist, als das dann in der 95. Stunde klappte, sprang ich aus dem Stand aufs Pult und jubelte. Nach 100 Unterrichtseinheiten gab es für alle eine Teilnahmebestätigung, einen freundlichen Abschied, für mich aber den Entschluss, so einen Kurs nicht mehr zu halten.

Kürzlich war ein Vortrag des Politikwissenschaftlers Dr. Adel El Sayed aus Ägypten, der in Innsbruck an der Uni liest. Der Wissenschaftler sprach von der „Christianisierung“ des Islam in dem Sinne, dass Moslems durch die Begegnung mit dem Christentum (Kreuzzüge, Vertreibung aus Spanien ...) traumatisiert und erst dadurch kämpferisch geworden seien. Aus der jüngeren Vergangenheit: Nasser habe sich in seiner eher linken, kommunistischen und russlandfreundlichen Politik stets auf den Koran berufen, ebenso Sadat mit seiner ganz anderen, kapitalistisch-prowestlichen Ausrichtung. Somit könne man aus den Hl. Schriften das und dessen Gegenteil herauslesen. Eine überraschende Interpretation, aber wir kennen das ja auch aus der Geschichte des Christentums im Umgang mit der Bibel, siehe Kreuzzüge, Inquisition ...

Nicht lässt sich aber jener Kamikaze- oder andere Terrorismus, der in unseren Medien islamistisch genannt wird, aus dem Koran ableiten, noch erklären oder entschuldigen, deshalb mögen unsere Medien den unberechtigten Begriff islamistisch oder Moslemrebell im Zusammenhang mit Terror als unberechtigt und Vorurteil sofort aus ihrem Vokabular streichen!

Ich habe die schrecklichen Spuren des Anschlags auf die *Neve Shalom*-Synagoge in Istanbul einige Zeit später gesehen. Leute, die so etwas tun, sind Verbrecher, Fehlgeleitete, von mir aus Verrückte, aber mit dem Islam hat das nichts zu tun – wie auch der Irakkrieg nichts mit dem Christentum!

Liebe Elisabeth, komm uns in den Sommerferien einmal besuchen, ich habe sehr nette Fotos mit Robert drauf, und wir können gemeinsam an unseren Robert denken.

In herzlicher Verbundenheit,
Gerald Kurdoğlu Nitsche



Foto: stockexchange

Initiative Minderheiten: Betriebsvereinbarung und Betriebsrat für Nichtdiskriminierung

Die *Initiative Minderheiten* hat ein Muster für eine „antidiskriminatorische Betriebsvereinbarung“ ausgearbeitet, deren Ziel es ist, in den Betrieben diskriminierungsfreie und minderheitengerechte Arbeitsbedingungen anzuregen und zu garantieren.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den MitarbeiterInnen der *Initiative Minderheiten* und weiteren ExpertInnen, hat seit Oktober 2003 an der Musterbetriebsvereinbarung gearbeitet. Das besondere Augenmerk wurde dabei auf die Schaffung eines Arbeitsklimas gelegt, in dem rassistische, sexistische, behindertenfeindliche, homophobe oder andere diskriminierende Verhältnisse, Verhalten und Strukturen aufgezeigt, benannt und sanktioniert werden können. Aber auch andere Aspekte der Arbeitswelt, wie etwa Jobausschreibungen, Aus- und Weiterbildung sowie Beförderung, werden in der Vereinbarung unter Diskriminierungsschutz gestellt. Das Regelwerk eignet sich ebenso für

Betriebe unterschiedlicher Größe wie auch für öffentliche Einrichtungen und NGOs.

Die antidiskriminatorische Betriebsvereinbarung wurde vor kurzem einem ExpertInnen-Kreis der AK und des ÖGB vorgestellt; ab Herbst 2004 wird sie in einer groß angelegten, gemeinsamen Kampagne der *Initiative Minderheiten* und der AK den Betrieben und der Öffentlichkeit präsentiert.

Den ersten, auch symbolischen Schritt in Richtung der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz sieht aber die *Initiative Minderheiten* darin, nicht bloß anderen Empfehlungen zu erteilen, sondern das Ziel der Antidiskriminierung innerhalb der eigenen Organisation zum gelebten Prinzip zu erheben. Zu diesem Zweck hat die Belegschaft im Juni einen Betriebsrat gewählt, der dafür sorgen wird, dass die Betriebsvereinbarung bald zum Bestandteil der Organisationsstruktur der *Initiative Minderheiten* wird.

In Kürze

EASA-Konferenz in Wien

Kontakte zwischen Menschen unterschiedlichster Herkunft führen zu widersprüchlichen Entwicklungen, sowohl zu unerwarteten Nachbarschaften, Anpassungen und Allianzen als auch zu Konflikten, neuen Grenzbeziehungen und Gewalt. Diese ständig wechselnden Kontexte von Nähe und Distanz, hervorgerufen durch soziale Beziehungen vor Ort, globale ökonomisch-politische Verbindungen und Nutzung neuer Technologien, sind zentrale Anliegen der Konferenz „Face to Face: Connecting Distance and Proximity“ der *European Association of Social Anthropologists* (EASA), die vom 8. bis 12. September 2004 in Wien stattfinden wird.

Mit der vielfältigen Struktur von Plenarsitzungen, Workshops, Round-Tables und Poster-Präsentationen ist die Konferenz auf intensive Diskussionen zwischen

jungen und international herausragenden ForscherInnen aus den verschiedensten Staaten ausgerichtet. Die Konferenz der EASA ist die größte dieses Fachs in Europa. Der Berufsverband der EASA zählt mehr als 1.200 aktive Mitglieder von Russland bis Portugal und vom Nordkap bis Zypern.

Aufgrund der Lage im Zentrum Europas sowie der gesellschaftlichen und kulturellen Besonderheiten der Stadt Wien werden zwischen 800 und 1.000 TeilnehmerInnen in 80 Veranstaltungen Forschungsergebnisse intensiv austauschen und diskutieren. Mehr Informationen unter: www.univie.ac.at/voelkerkunde/easa

ViennaMix gegründet

Mit einer Veranstaltung im Juni hat sich der Verein *ViennaMix* der Öffentlichkeit präsentiert. *ViennaMix* entstand in den letzten Monaten von und für LesBiSchwule- und TransGender-MigrantInnen aus Lateinamerika, Asien, Afrika, Osteuropa, den ehemaligen



Der IM-Betriebsrat besteht aus vier Personen: Araba Johnston-Arthur (BR-Vorsitzende), Hakan Gürses (Stellvertreter der BR-Vorsitzenden), Ursula Hermann und Petja Dimitrova (Ersatzmitglieder).

Der Text der Musterbetriebsvereinbarung wird in den nächsten Monaten – in Zusammenarbeit mit ExpertInnen aus minoritären Organisationen – weiter überarbeitet und steht dann allen Betrieben und Organisationen zur Verfügung. Wir werden in der STIMME und auf der Homepage der *Initiative Minderheiten* über aktuelle Entwicklungen berichten.

red

jugoslawischen Staaten, der Türkei, Kurdistan und aus dem gesamten islamischen Raum. Ziel des Vereins ist die Deckung des Bedarfs an genereller sowie fachspezifischer Information, mehrsprachiger Beratung sowie an einem Raum für Austausch und Kommunikation für einzelne Personen, aber auch für bestehende LesBiSchwule- und TransGender-MigrantInnen-Gruppen, die noch keinen Zugang zu einem geeigneten Ort für ihre Treffen haben.

Gemeinsame soziale Aktivitäten und kulturelle Veranstaltungen sollen zu Wohlbefinden, gestärktem Selbstbewusstsein und positiver Sichtbarkeit in der Gesellschaft beitragen. MigrantInnenverbände, LesBiSchwule- und TransGender-Organisationen, öffentliche sowie NGO-Beratungseinrichtungen, Gesundheitsvorsorge- und Jugendzentren können in *ViennaMix* AnsprechpartnerInnen finden, die aus erster Hand informieren, wenn es um LesBiSchwule-MigrantInnen geht.

Das Treffen von *ViennaMix* findet jeden Dienstag, um 19 Uhr in der RosaLila Villa; Linke Wienzeile 102, statt.

Was unser Gemüse mit Rassismus zu tun hat

Europäisches BürgerInnenforum (Hg.): Bittere Ernte – Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas 128 Seiten; € 12,- (inkl. Versandkosten: € 14,- / Solidaritätspreis: € 30,-) Bestellungen bei: Europäisches BürgerInnenforum Lobnik 16 A-9135 Eisenkappel/Železna Kapla e-mail: austria@civic-forum.org www.civic-forum.org

Die Frischwarenabteilungen der Supermärkte locken mit roten Erdbeeren oder Paradeisern, grünen Gurken und buntem Paprika – täglich frisch geliefert. Wer von uns fragt sich bei diesem Hochglanz-Konsumangebot noch, welchen Weg diese Lebensmittel hinter sich haben und unter welchen Bedingungen sie produziert wurden?

Auf mehr als 30.000 Hektar erstrecken sich die Plastikgewächshäuser im „Poniente“, der Region zwischen El Ejido und Almería im südspanischen Andalusien. Auf dieser Fläche werden für jeden und jede EuropäerIn – ob Mann, Frau oder Kind – mehr als zehn Kilo Treibhausgemüse im Jahr produziert. Es handelt sich um die größte Konzentration von Gemüse- und Obstbau unter Plastik weltweit. Während der Hochsaison im Winter verlassen täglich tausend Lastwagen das „Plastikmeer“, um die Ware an die Supermärkte in ganz Europa auszuliefern.

Eine zerstörte Umwelt, eine von Pestiziden und üblen Gerüchen gesättigte Luft, eine Landschaft ohne Grünflächen, ohne Bäume, ohne sauberes Wasser, ohne Lebewesen, eine industrielle Einöde, die apokalyptische Züge annimmt. Das ist der Preis.

Auch für die Menschen ist hier kein Platz mehr. Es zählen nur noch die Arbeitskräfte: Sie müssen jederzeit zur Verfügung stehen, wie betriebsbereite Landmaschinen; am besten sie leben in Rufweite in einem Plastikverschlag. Wenn das Gemüse reift, die Preise gut sind und die Großverteiler winken, braucht es schnell viele fleißige Hände – die Hände von ArbeitsmigrantInnen, die man ebenso schnell wieder entlassen kann, wenn sie nicht mehr gebraucht werden. Sie kommen aus Afrika, besonders aus Marokko, aus Lateinamerika oder neuerdings aus Osteuropa. Sie arbeiten zu niedrigsten Löhnen und unter Bedingungen, die Einheimische nie akzeptieren würden. Eine verschärfte Konkurrenz zwischen den verschiedenen MigrantInnengruppen, soziale Ausgrenzung und Rassismus sind feste Bestandteile dieses Systems.

Aber was in El Ejido passiert, ist nicht ein Krebsgeschwür der modernen Landwirtschaft, sondern die konsequente Umsetzung von agroindustriellen Leitlinien. Andalusien ist vielleicht ein Extremfall, doch das in der EU dominierende Landwirtschaftsmodell des „Wachsens oder Weichens“ bringt in ganz Europa ähnliche Strukturen hervor, ob auf

den Pfirsichplantagen Südfrankreichs, in den holländischen High-Tech-Glashäusern oder auf den Spargel- und Erdbeerefeldern des Marchfelds. Um gewinnbringend zu wirtschaften und konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die modernen Agrarunternehmen über eine Reservearmee von billigen, möglichst rechtlosen MigrantInnen verfügen können. Denn die Arbeitskräfte stellen den einzigen variablen Kostenfaktor im Produktionsprozess dar.

Zur Frage, wie intensive Landwirtschaft, Arbeitsmigration und Fremdenfeindlichkeit zusammenhängen, hat das *Europäische BürgerInnenforum* das vorliegende Buch veröffentlicht. Es informiert über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Saisoniers und ErntehelferInnen in Spanien, Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Deutschland und Polen. Weitere Artikel setzen sich mit den Auswirkungen der EU-Agrar- und Migrationspolitik auf die Situation der LandarbeiterInnen auseinander. Außerdem wird die Rolle der Großverteiler untersucht: Zwischen 70 und 80 Prozent des europäischen Lebensmittelmarktes werden heute von wenigen Großhandelsketten beherrscht, die durch ihre Monopolstellung die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ständig nach unten drücken. Darüber hinaus will das Buch zu einer allgemeinen Diskussion anregen und wirft einige grundsätzliche Fragen auf: Wohin führt die wachsende Entfremdung von den Grundlagen unserer Nahrungsmittelproduktion? Welche Landwirtschaft wollen wir, welche Beziehungen zwischen Mensch und Natur, Gesellschaft und Landwirtschaft?

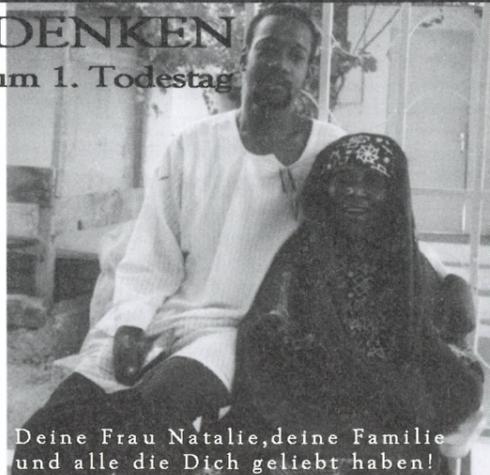
Kathi Hahn

WIR GEDENKEN zum 1. Todestag

UNSER GELIEBTER
UND VERMISSTER
SOHN, EHEMANN,
BRUDER, ONKEL
UND FREUND

**SEIBANE
WAGUE**

geb. 20.12.1969 in Kaedi
gest. 15.07.2003 in Wien



Deine Frau Natalie, deine Familie
und alle die Dich geliebt haben!

Vom Verschwinden „ordentlicher“ Männer

Oliver Geden: Männlichkeitskonstruktionen in der FPÖ. Eine qualitativ-empirische Untersuchung Leske+Budrich: Opladen 2004 200 Seiten; € 15,30

In seinem Buch analysiert Oliver Geden die Vergeschlechtlichung von Rechtsextremismus und fragt nach der Attraktivität rechter Organisationen für Männer, für die ihm die FPÖ Pate steht.

Rechtsextremismus versteht Geden als „Ideologie der Ungleichheit“, die unterschiedliche, autoritär-völkische Ideenstränge verknüpft. Männlichkeit fasst er als gesellschaftlich strukturierte Konstruktion, die sich in Institutionen stabilisiert. Männlichkeit sei weiters geprägt von internen Macht- und Definitionskämpfen.

Als Material für die Analyse dienen Geden zwei parteinahe Zeitschriften und

Gruppeninterviews mit Jungfunktionären des *Rings Freiheitlicher Jugend*. Jedoch muss der Forscher erst ein wenig graben, bis sich ein rechtes Männlichkeitsbild ergibt. So findet sich in der Parteipostille *Neue Freie Zeitung* so gut wie keine explizite Thematisierung von Männlichkeit, was Geden dazu veranlasst, im Frauen- und Familienbild der Zeitschrift das mittransportierte Männlichkeitskonzept zu analysieren. Geden kommt zu dem Schluss, dass die Frauenpolitik der FPÖ antifeministisch sei. Benachteiligungen von Frauen werden zwar angesprochen, ein Rekurs auf Männer als Akteure und Profiteure dieses Systems fehlt jedoch völlig.

Anders stellt sich der Männlichkeitsdiskurs der rechtsintellektuellen *Zur Zeit* dar. Hier wird explizit das drohende Verschwinden „ordentlicher“ Männer (heterosexuell, familiär, bereit, für das Vaterland einzutreten – wenn nötig auch zu sterben) thematisiert. „Gesellschaftliche Übel“, wie der Geburtenrückgang, werden hier auf die Negation von

biologischen Dispositionen zurückgeführt. Diese Diskursanalyse wird mit der Analyse der Gruppeninterviews verbunden. Leider setzt sich in den Interviews fort, was den Inhalt des gesamten Buches prägt: Recht oberflächliche Fragestellungen ergeben wenig überraschende Analysen. So kommt Geden in den Interviews zu den Schlüssen, dass Männlichkeit für die Jungfunktionäre einerseits als „fraglos gegeben“ gilt, diese Sicherheit jedoch zunehmend bröckelt. Die Männer fühlen sich durch Gleichstellungspolitik bedrängt, Geschlechterdifferenz wird abwechselnd anhand biologistischer und traditionalistischer Argumentationen erklärt.

Die versprochene Analyse der Vergeschlechtlichung rechter Ideologie bleibt Geden uns schuldig. Ausgelassen wurden interessante Fragestellungen (z. B. die Rolle des gesunden, männlichen Körpers oder autoritärer Vaterfiguren). Dem Buch mangelt es also sowohl an Tiefgang wie auch an Abstraktion; als Ausgangspunkt für ein Weiterdenken in die eingeschlagene Richtung kann es aber recht anregend sein.

Paul Scheibelhofer

Eine runde Sache

Mandys Mischpoche: Ringelspiel CD – Groove Records O3040 www.mandysmischpoche.com

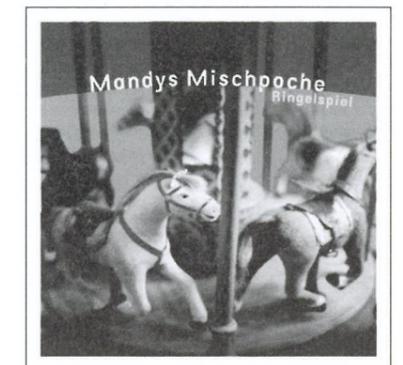
Wo unter dem Titel „Schicksentanz“ der Erzherzog-Johann-Jodler in pannonische und balkanische Klänge übergeht, da lässt sich's leben. Da ist *Mandys Mischpoche* daheim. Hermann Leopoldis „Schön ist so ein Ringelspiel“ gibt der aktuellen CD der „Mischpoche“ den Titel und ein höchst passendes Motto. Was die vielsprachige Sängerin, Texterin und Bandgründerin Amanda Rotter – als Wienerin jüdischer Abstammung als einzige von der ganzen „Mischpoche“ in Wien geboren – mit ihren Musikern hier in knapp einer Stunde Spieldauer auf eine kleine silberglänzende Scheibe gepackt hat, ist unbeschreiblich belebend und zugleich eine durch und durch runde Sache. Die bunte und dynamische Zusammenstellung verdankt sich nicht zuletzt der Zusammensetzung von Mandys aus Fern und Nah hier in Wien

zusammengekommener Musiker-Wahlverwandtschaft: Antonis Vounelakos (Gitarre), Martin Lubenov (Akkordeon), Hannes Laszakovits (Kontrabass und Tambura), Levent Tarhan (Perkussion) und Aliosha Biz (Violine). Sie alle bringen etwas aus ihren unterschiedlichen Kulturkreisen mit und verbinden es zur unverwechselbaren gemeinsamen Musik.

Einige zur Gänze selbstgemachte Lieder wie der „Gschichtldruckerblues“ (Text: Rotter, Musik: Laszakovits) und Kompositionen des Meisterakkordeonisten aus Sofia, Martin Lubenov, passen perfekt zwischen zahlreiche Traditionals, die durch Arrangement und Instrumentierung der „Mischpoche“ nur gewinnen konnten: angefangen beim „Ringelspiel“ aus Wien über Lieder aus Griechenland, Liedgut der burgenländischen KroatInnen, der sephardischen JüdInnen in Spanisch bis hin zu den jiddischen Volksliedern vom „Diregelt“ (Miete), das man zahlen muss, von der „Grünen Kusine“, die nach Amerika ausgewandert ist, oder der „Mame“, die auf den Markt geht, um Kraut zu kaufen, aber zurückkommt mit einem feinen Jingle für die Tochter.

Das „Ringelspiel“ ist nicht bloß schön anzuhören, sondern auch gut anzuschauen: Ein liebevoll und durchdacht gestaltetes Booklet steuert zu jedem Lied erklärende Sätze bei, sodass die Unkenntnis der einen oder anderen Sprache, die in dieser polyglotten Familie gesungen wird, dem Verstehen ihrer gemeinsamen Sprache – der Musik – keinen Abbruch tut.

Helga Pankratz



Ausstellung als Raum für Gegenerzählungen

Büro trafo.K: Renate Höllwart, Charlotte Martinz-Turek, Nora Sternfeld und Alexander Pollak (Hg.): *In einer Wehrmachtsausstellung. Erfahrungen mit Geschichtsvermittlung*
Turia + Kant: Wien 2003
223 Seiten; € 22,-

Während im März zu lesen war, dass die Wehrmachtsausstellung des Hamburger *Instituts für Sozialforschung* im deutschen Geschichtsmuseum „eingemottet“ wird, legte das Büro trafo.K mit dem Sammelband *In einer Wehrmachtsausstellung* einen wichtigen Diskussionsbeitrag zur Auseinandersetzung mit Geschichtsvermittlung vor. Er beruht auf den Erfahrungen aus der Vermittlungstätigkeit mit Jugendlichen in der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“, zu deren Konzeption und Durchführung die Akademie der bildenden Künste das Büro trafo.K im Jahr 2002 eingeladen hatte.

In Anlehnung an die interdisziplinäre Zusammensetzung des Vermittlungsteams bietet auch die Publikation eine vielschichtige Auseinandersetzung mit den Herausforderungen

der Geschichtsvermittlung aus den Blickwinkeln professioneller Vermittlung sowie der Zeitgeschichte, Psychologie, den Sprach- und Sozialwissenschaften. Der erste Teil vereint acht Beiträge zu den Grundlagen, Möglichkeiten und Grenzen personaler Vermittlungsarbeit in Bezug auf zeitgeschichtliche Ausstellungen; der zweite Teil stellt die Ergebnisse einer im Rahmen der Ausstellung durchgeführten empirischen Studie zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor.

Nora Sternfeld und Charlotte Martinz-Turek besprechen in ihren einführenden Beiträgen zunächst den „aktiv-reflexiven Ansatz“ des Büros trafo.k und die spezifische Strategie der Vermittlung in der so genannten „zweiten Wehrmachtsausstellung“. In klarer Distanz zu „Betroffenheitspädagogik“ liegt der Fokus hier auf Prozessen der Aktualisierung und Selbstermächtigung, die ein Verständnis von Geschichte „als etwas (...)“, das heute geschrieben und erstritten wird, unmittelbar aktuell ist und die Jugendlichen etwas angeht“ zu ermöglichen. Geschichtsschreibung als „Kampf um Deutungsmacht“ zu vermitteln, war auch das Ziel der Methode, die SchülerInnen auf der Grundlage des Ausstellungsbesuchs ein „Ergänzungsblatt für das Schulbuch“ verfassen zu lassen. Die Ausstellung als Raum für „Gegenerzählungen“ zu verstehen, ist eine zentrale Prämisse dieser Vermittlungsstrategie.¹

Der damit verknüpfte Anspruch des Öffnens von Sprach-, Diskurs- und Handlungsräumen wird von mehreren AutorInnen des Sammelbandes reflektiert. Renate Höllwart und Martinz-Turek diskutieren beispielsweise die Herausforderungen an das Sprechen im Kontext der Wehrmachtsausstellung. Dies betrifft nicht zuletzt das Finden eines „gemeinsamen Sprachraums“ in einem offenen Prozess der Geschichtsvermittlung, den eine Spannung zwischen der Anerkennung von Gesprächsbeteiligung und dem Bestehen auf Reflexion und Korrektur des Gesagten charakterisiert. Die Unzulänglichkeit eines am „Nie Wieder!“ festgemachten aufklärerischen Anspruchs veranschaulicht Sternfelds kritische Besprechung unterschiedlicher Herangehensweisen an Zeitgeschichtsvermittlung. In der vom Vermittlungsteam

angewandten reflexiven und handlungsorientierten Methode eignen sich „Empathie“ und „Einfühlung“ allenfalls als Auslöser einer Aktualisierung von Geschichtsbildern auf Seiten der Jugendlichen, die diese dann reflektieren können. Alexander Pollak befasst sich mit der daran anknüpfenden Frage nach dem „aus der Geschichte lernen“, die häufig im Kontext der Forderung nach einem „Schlussstrich“ aufgeworfen wird. Sein Beitrag bietet eine Reflexion der Wirkungsgrenzen von Konfrontation und Auseinandersetzung mit Geschichte im Rahmen von Ausstellungs- oder Gedenkstättenbesuchen, unterstreicht jedoch auch die politische Bedeutung von Diskurs- und Handlungsräumen, die durch Erzählungen über die Vergangenheit initiiert werden und die Kritik- und Diskursfähigkeit in Bezug auf die Gegenwart fördern können.

Abwehrhaltungen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stehen im Zentrum der Beiträge von Katharina Wegan, die sich vor dem politischen und ideologischen Hintergrund der Wehrmachtsausstellung in Österreich insbesondere antisemitischen Reaktionen widmet, und Daru Huppert, der sich aus psychoanalytischer Sicht mit dem Revisionismus und den spezifischen Erscheinungsformen von Apologie auseinandersetzt.

Empirische Forschung zu Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung und im Besonderen von Jugendlichen ist nicht nur rar, sondern auch lückenhaft und methodisch schwach, wie Pollaks einleitender Beitrag in den zweiten Teil des Bandes argumentiert. Die von Ines Garnitsching und Stephanie Kiessling durchgeführte und hier auszugsweise besprochene sozialwissenschaftliche Studie zu den Bezügen jugendlicher AusstellungsbesucherInnen zum Nationalsozialismus und den Verbrechen der Wehrmacht ist so gesehen ein mehrfach wertvoller Beitrag. In einer Befragung und vier Gruppendiskussionen haben sie der Bedeutung familiärer Tradierungen für die Positionen von Jugendlichen und insbesondere deren sprachlicher Realisierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt, womit der inhaltliche Bogen zu den theoretischen Ausführungen des ersten Teils des Sammelbandes gespannt wird.

Anmerkung:

¹ Diese kennzeichnete auch die von der Initiative *Minderheiten* beauftragte Vermittlung von trafo.K in der Ausstellung „Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration“ im *Wien Museum*.

Martina Böse

Im Juli 2004

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn die Lage einfach so unübersichtlich ist, dass sich unsereiner überhaupt nicht mehr auskennt. Wo man hinschaut: Chaos. Alle Wahlen haben wir verloren, unser nationaler Bischof in St. Pölten hat einen Maulkorb verpasst bekommen, und je weniger Macht unsere Partei hat, umso mehr Machtzentren hat sie. Und bei der Fußball-EM in Portugal haben auch die Ausländer gewonnen.

Echte Sorgen mache ich mir um unseren nationalen Bischof, den wir im kleinen Kreis gerne „Westbahn-Kurti“ nennen. Bitte, das im Priesterseminar war doch eine vollkommen harmlose Geschichte. Da haben sie halt bei einer Weihnachtsfeier zu fortgeschrittener Stunde Karikaturen des übelbeleideten Antichristen und so genannten Karikaturisten Manfred Deixl nachgestellt, um die böswilligen Aggressionen von dem Deix ganz deutlich zu machen. Und dann tragen das die anderen Bischöfe an die Öffentlichkeit, um dem Westbahn-Kurti zu schaden. Und die Kinderpornofotos sind ja nur deswegen aus dem Internet heruntergeladen worden, um alle, wirklich alle auf die Schlechtigkeit der Welt aufmerksam zu machen. Und sollte es anders sein, so war es ein Pole und nicht ein Unsrigscholliger, der da „Ihr Kinderlein, kommet, oh kommet doch all“ elektronisch gesummt hat.

Die Partei ist auch ein bisschen ein Sauhaufen geworden. Kaum hat unser Parteiführer Herbie Haupt wegen seiner unverständlichen Satzgirlanden Kultstatus als Nachwuchs-Nostaldummus erreicht, wird er auch schon als Vizekanzler durch einen Xiberger ersetzt und als Parteiohmann durch eine Frau. Na gut, die Uschi ist die Schwester vom Chef, und wenn der aus Klagenfurt aufricht und in Wien als karinthischer Visitationer herumrührt, ist eh fast alles wie immer.

Visitationer ist auch so ein Wort, das ich neu lernen hab müssen. Also für die, die es auch nicht kennen: Es kommt aus dem Lateinischen und heißt eigentlich wörtlich: Besucher. Aber von einem ordentlichen Besucher erwartet man, dass er auch aufräumt. Und so haben sie nach St. Pölten einen Bischof vom Oktopus Dei geschickt, also von einem befreundeten Verein. Und da hab ich mich an das Sprichwort erinnert: Ein Krenn kratzt dem anderen kein Auge aus, also wird nicht viel herauskommen bei der Visitation.



Bei den karinthischen Visitationen kommt auch nicht viel heraus. Der Chef tobt ein bisschen, aber dann setzt die Uschi ihren „Gusch, kleiner Bruder!“-Blick auf und macht weiter, was der Schüssel will. Da muss der Chef ja schön langsam resignieren und sich Trostes halber auf die Piste begeben, um nach einem Boxenluder Ausschau zu halten, das er als Ministerin installieren kann. Früher hat er noch ausstalliert statt installiert. Heute glaubt ja schon ein Ewald Stadler, dass er mit dem Chef umspringen kann, wie es ihm beliebt.

Das hat natürlich dem Kamerad Brauntresch, unserem Hundertzehnprozentigen, wieder gefallen. Der Brauntresch hat überhaupt ein gutes G'spür bewiesen. Während ich Trottel unseren Spitzenkandidaten, den verkappten Grünen Kronberger, plakatiert habe, ist der Brauntresch für den Mölzer gelaufen. Das heißt, gleaufen ist er eigentlich nicht, sondern nur beim Telefon gegessen und hat sich wieder betätigt. Jetzt hat er sich einen Fotoapparat gekauft und hofft auf einen Job in Brüssel. Und ich geh wieder leer aus. Dabei wäre ich doch der ideale EU-Kommissar für Gartenzwergfragen.

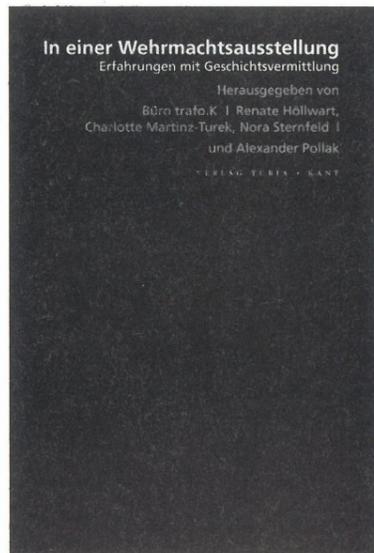
Aber den Traumjob wird die Benito bekommen, hat der Schüssel entschieden. Die wird wahrscheinlich EU-Kommissarin für Hotelportiere. Weil im Bundespräsidenten-Wahlkampf hat sie ja damit geworben, dass sie alle Türen öffnet. Und die ausländischen Politiker kann sie ja auch auf ausländisch begrüßen mit ihrem Kampfplätzchen, dass denen gleich klar ist, dass es nix ist mit dem Handtuch- und Aschenbecher-Fladern. Auf jedem Plakat von der Benito ist groß gestanden: „DIE ERSTE“, zum Schluss habe ich gar nicht mehr gewusst, geht es da um den Bundespräsidenten oder um die Wahl der Sparkassa.

Tja, diese Wahl hat die Benito mit Pauken und Trompeten verloren und dann vor Zorn auf die linkslinken Emanzen geschimpft. Dabei hat sie sich so darauf gefreut, wie sie mit triumphierendem Blick von Thomas Klestil die Amtsgeschäfte übernehmen kann mit den Worten: „Gö, da schaust bled, Erdberger Strizzi!“ Aber das hätte es eh nicht gespielt. Denn der Klestil hat so reagiert, als ob er die Pensionspläne der Regierung unterstützen will. Eigentlich sollte man in Zukunft Thomas-Klestil-Medaillen verleihen für rechtzeitiges pensionsschonendes Hinscheiden in den letzten Amtstagen. Bei den Trauerfeierlichkeiten gab es dann fast Hochwasser wegen der riesigen Welle von Krokodilstränen.

Überhaupt die Gedenkfeiern. Bei der Geschichte um den Dollfuß-Mord am 25. Juli ist mir aufgefallen, dass der Schüssel alle unsere Abgeordneten so komisch angeschaut hat. Als ob er sie was fragen wollte, ob sie ihn vielleicht auch? Aber dann hat der Haupt etwas genuschelt, und schon war wieder gute Stimmung.

Weiters war wieder ein Wirbel um Grasser, weil er seine Beamten bespitzeln hat lassen. Bitte, ich mag den fahnenflüchtigen Verräter ja nicht, aber beim Thema Korruption kennt er sich ja wirklich gut aus. Und es wär ja wirklich eine Frechheit, wenn ein untergeordneter Beamter da mitschneiden möchte. Da muss der Minister ja eingreifen.

Dann hab ich einmal in der U-Bahn bei einem Fahrgast die Zeitungs-Schlagzeile gesehen: „Steiermark: Mafia-Pate verhaftet!“ Da hab ich mir gedacht: Jessas na, jetzt behelligen sie sogar schon den Frank ... Aber das hat sich später aufgeklärt, unsere abgehalfterten Politiker können nach wie vor als Manager zum Stronach gehen. Vielleicht mach ich das auch, wenn sie mich im Priesterseminar St. Pölten nicht aufnehmen.



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck
P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 51
Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt
Zul.-Nr.: GZ 02Z031717 S

Rücksendeadresse:
Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien



Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite